

Lübeck 2030:

lebendig

sicher

zukunftsfest

Das Programm der CDU Lübeck

zur Kommunalwahl am 14. Mai 2023

#AnpackenfürLübeck

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten



Michelle Akyurt
Wahlkreis 1



Hülya Tac
Wahlkreis 2



Volker Nehrhoff
Wahlkreis 3



Ingo Schaffenberg
Wahlkreis 4



Christopher Lötsch
Wahlkreis 5



Stefanie Fimm
Wahlkreis 6



Nil Gersdorf
Wahlkreis 7



Dr. Ulrich Brock
Wahlkreis 8



Kevin Kleinert
Wahlkreis 9



Bernhard Simon
Wahlkreis 10



Wilhelm Haag
Wahlkreis 11



Paul-Gerhard Röttger
Wahlkreis 12



Barbara Steffen
Wahlkreis 13



Berit Kniese
Wahlkreis 14



Stefan Krause
Wahlkreis 15



Etienne Andre Klenz
Wahlkreis 16



Klaus Hinrich Rohlf
Wahlkreis 17



Andreas Zander
Wahlkreis 18



Anica Zander
Wahlkreis 19



Dr. Burkhard Eymer
Wahlkreis 20



Dr. Carsten Grohmann
Wahlkreis 21



Horst Georg Wargenau
Wahlkreis 22



Jens Zimmermann
Wahlkreis 23



Jochen Mauritz
Wahlkreis 24



Henning Schumann
Wahlkreis 25

Liebe Lübeckerinnen und Lübecker,

wir leben in einer durch Krisen geprägten Zeit, die Gewissheiten in Frage stellt und uns als Gesellschaft herausfordert. Die steigenden Energiepreise, die hohe Inflation und die unsicheren wirtschaftlichen Aussichten, die im Wesentlichen Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sind, aber auch der Energiepolitik der Bundesregierung. Weiterhin sind die Nachwirkungen der Corona-Pandemie und die Änderung des Klimas werden in allen Lebensbereichen und in vielfältiger Weise auch in Lübeck spürbar.

In den nächsten fünf Jahren wird es darum gehen, Lübeck gut durch diese schwierigen Zeiten zu führen, krisenfest aufzustellen und zugleich die Weichen dafür zu stellen, dass unsere Stadt gestärkt und mit neuen Wachstumsperspektiven aus dieser Krise herauskommt.

Wir wollen als CDU für die Menschen, die in unserer Stadt leben und arbeiten, die Lebensqualität erhalten und erhöhen sowie die Wirtschaft in diesen schwierigen Zeiten stabilisieren, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir werden die notwendigen Entscheidungen treffen, damit Lübeck als Standort attraktiv bleibt, sowohl für die Erweiterung von Unternehmen, die heute schon bei uns tätig sind, als auch für neue Ansiedlungen.

Nur mit einer konsequenten Politik der soliden Haushaltsführung werden wir Gestaltungsmöglichkeiten erhalten können und neue schaffen, damit wir in Schulen, Kitas und Infrastruktur investieren können, statt Zinsen auf Schulden zu zahlen. Gerade in einer Zeit steigender Zinsen und unsicherer wirtschaftlicher Aussichten würde eine ungebremsste Politik des Schuldenmachens zur Handlungsunfähigkeit und damit zum Stillstand führen.

Wir werden auf kommunaler Ebene zielgerichtet dazu beitragen, das Klima und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen, indem wir die Emissionen weiter senken und Klimaneutralität bis zum Jahr 2040 anstreben. Wir setzen dabei insbesondere auf Innovationen und neue Techniken und werden Lübeck auch auf absehbare Folgen der Veränderungen des Klimas gezielt vorbereiten.

Lübeck kann mehr. Die aktuellen Krisen legen die Schwachpunkte offen. Die Verwaltung ist in zu vielen Bereichen noch analog und zu langsam, die Infrastruktur mangelhaft. Gerade weil manche Entwicklung aktuell Sorgen bereitet, müssen wir heute Entscheidungen treffen, die es uns morgen ermöglichen, die Potenziale dieser Stadt zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger ausschöpfen zu können. Wir streben ein moderates Wachstum Lübecks an, das wirtschaftliche Perspektiven in Einklang bringt mit dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und einem guten Miteinander in unserer Stadt.

Die CDU hat in der zu Ende gehenden Wahlperiode gezeigt, dass sie die Partei ist, die Probleme benennt, Lösungen umsetzt und Perspektiven eröffnet. Diesen Kurs werden wir fortsetzen, dafür bitten wir um Ihre Unterstützung für die CDU und ihre Kandidatinnen und Kandidaten bei der Bürgerschaftswahl am 14. Mai.



Dr. Carsten Grohmann
Kreisvorsitzender



Christopher Lötsch
Spitzenkandidat

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Unsere Arbeit in der Bürgerschaft von 2018 bis 2023	6
Fünf Jahre Einsatz für ein besseres Lübeck	
Unsere Politik für Lübeck seit 2018 – die Handschrift der CDU ist deutlich erkennbar	
Unsere Leitlinien für Lübecks Perspektiven bis 2030	10
Lübeck als wachsende Stadt braucht Wohnraum für alle	13
Solide Haushaltsführung sichert Gestaltungsspielraum	14
Pragmatisch und wirksam – unsere Politik für ein umweltfreundliches Lübeck	17
Attraktivität Lübecks als Einkaufsstadt und Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen	22
Digitalisierung als Chance	27
Hochwertige Betreuungs-, Bildungs- und Sportangebote für Lübeck	29
Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in Lübeck	32
Lübeck als soziale Stadt	34
Kulturhauptstadt des Nordens stärken	37
Eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung für Lübeck	40
Für ein partnerschaftliches Miteinander mit unseren Nachbarn	42
Unsere Politik für die Lübecker Stadtteile	43
• Innenstadt	
• St. Jürgen	44
• Buntekuh	45
• Moisling	
• Groß Steinrade / Schönböcken	46
• St. Lorenz Nord	
• St. Lorenz Süd	47
• St. Gertrud	
• Marli	48
• Brandenbaum / Eichholz	49
• Schlutup	
• Kücknitz	50
• Travemünde	52

Unsere Arbeit in der Bürgerschaft von 2018 bis 2023

Fünf Jahre Einsatz für ein besseres Lübeck

Als CDU ist es unser Anspruch, die Zukunft Lübecks aktiv mitzugestalten. Unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von uns nicht nur gute Vorschläge, sondern auch die Umsetzung ihrer und unserer Ideen für Lübeck.

Deshalb sind wir nach der Kommunalwahl 2018 nach intensiver Diskussion eine feste Kooperation mit der SPD eingegangen. Durch diese Zusammenarbeit konnten wir CDU-Ziele umsetzen und haben bis zuletzt für stabile Mehrheitsverhältnisse in der Bürgerschaft gesorgt.

Kooperationen und Koalitionen in der Politik sind immer mit Kompromissen verbunden. Rückblickend auf die vergangenen fünf Jahre können wir aber feststellen: Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Wir haben Lübeck vorangebracht, die Handschrift der CDU ist deutlich erkennbar.

Ohne die Übernahme politischer Verantwortung durch die CDU wären die vergangenen fünf Jahre in der Bürgerschaft durch politische Instabilität und Zufallsmehrheiten geprägt gewesen – keine guten Voraussetzungen, um die drängenden Probleme Lübecks anzupacken.

Die CDU war in der vergangenen Wahlperiode der Stabilitätsanker in der Lübecker Politik. Während sich die Zusammensetzung anderer Fraktionen zum Teil mehrfach änderte und Fraktionen gegründet wurden, die keine Bürgerin und kein Bürger je gewählt hat, haben wir uns mit Erfolg auf unsere Sachpolitik zum Wohle Lübecks konzentriert.

Unsere Politik für Lübeck seit 2018 – die Handschrift der CDU ist deutlich erkennbar

Wir haben dafür gesorgt, dass der Investitionsstau aufgelöst und unsere Straßen und Brücken saniert werden. Hauptverkehrsstraßen wie der St.-Jürgen-Ring, die Wallbrechtstraße, die Geniner Straße, der Heiligen-Geist-Kamp und die Moislinger Allee sowie wichtige Brücken wie die Possehlbrücke, die Lachswehrbrücke, die Wakenitzbrücke und die Bahnhofsbrücke wurden bereits oder werden derzeit instandgesetzt.

Wir haben die Straßenausbaubeiträge für Anlieger abgeschafft. Von der Sanierung unserer Infrastruktur profitiert die ganze Stadt. Deshalb ist es gerechter, diese Baumaßnahmen aus dem Haushalt zu finanzieren, statt die Kosten den unmittelbaren Anliegern aufzubürden.

Wir haben durchgesetzt, dass die Nördliche Wallhalbinsel als moderner Standort für Kultur, Wohnen, Gastronomie und Kleingewerbe zu neuem Leben erweckt wird, durch den Erhalt der historischen Hafenschuppen die einzigartige Hafenatmosphäre und damit ein Stück Lübecker Geschichte erlebbar bleibt.

Wir haben für neue und moderne Einsatzfahrzeuge für die Feuerwehren und den Rettungsdienst gesorgt und haben die Planung für neue Feuerwehrgerätehäuser vorangetrieben (z.B. in Kronsforde und Groß Steinrade). Die Feuerwehr und der Ordnungsdienst haben mehr Personal erhalten. Mit der Schaffung und dem Ausbau eines in der Stadt sichtbaren kommunalen Ordnungsdienstes haben wir die Stadt sicherer und sauberer gemacht.

Wir haben uns für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik eingesetzt, die in der gesamten Wahlperiode zu positiven Jahresabschlüssen der Stadt geführt hat. Dadurch konnten rund 200 Millionen Euro umgeschuldete Kassenkredite getilgt und damit Schulden abgebaut werden.

Wir haben mit der Abschaffung der bisherigen Tarifzone 3 zum 1. August 2022 das Busfahren für viele Lübeckerinnen und Lübecker insbesondere der äußeren Stadtteile spürbar günstiger und attraktiver gemacht.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Busse künftig öfter fahren werden. Ab Ende 2023 fährt die Linie 5 im 10-Minuten-Takt, weitere Hauptlinien werden folgen. Auch auf anderen Linien wird es künftig mehr Abfahrten geben.

Wir haben den Ausbau innovativer Mobilitätskonzepte vorangebracht. Der Shuttle-Service „Lümo“ des Stadtverkehrs wurde in den Abend- und Nachtstunden erweitert und ergänzt seit April 2022 tagsüber das ÖPNV-Angebot in Travemünde. In Kooperation mit dem Stadtverkehr Lübeck wird ein Fahrradverleihsystem (FVS) aufgebaut werden.

Wir haben seit der letzten Bürgerschaftswahl die Mittel für den Um-/Ausbau und die Instandhaltung von Rad- und Fußwegen deutlich erhöht. So stehen im Jahr 2023 rund 17 Millionen Euro für Geh- und Radwege zur Verfügung.

Wir haben die Entscheidung herbeigeführt, dass das lange diskutierte Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof mit zunächst 500 Abstellplätzen konkret geplant und voraussichtlich 2024 eröffnet werden kann.

Wir haben Leitlinien für einen neuen Verkehrsentwicklungsplan für die Entwicklung Lübecks in den nächsten Jahren geschaffen, in dessen Mittelpunkt eine Förderung und Stärkung des Radverkehrs und des ÖPNV ohne eine Gegnerschaft zum motorisierten Individualverkehr steht.

Wir haben damit begonnen, Straßen und Wege, die als Angsträume wahrgenommen werden, zu identifizieren und zu beleuchten, um diese sicherer für unsere Bürgerinnen und Bürger zu gestalten.

Wir haben uns erfolgreich dafür stark gemacht, dass das Betreuungsangebot in Kitas und Krippen insbesondere dort ausgeweitet wird, wo neue Wohngebiete entstehen. Die Reduzierung der Schließtage der Einrichtungen in den Sommerferien von 30 auf 20 Tage stellt eine Erleichterung gerade für berufstätige Eltern dar. Unsere Kinderbetreuungsangebote liegen in ihrem Umfang und in ihrer Qualität weit über dem Landesdurchschnitt. Das ist unsere Politik für Familien.

Wir haben die Weichen für mehr Wohnraum in Lübeck gestellt. Seit der letzten Kommunalwahl wurden Bebauungspläne für 1.643 neue Wohneinheiten fertiggestellt, Bebauungspläne für 3.090 Wohneinheiten sind im Verfahren. Durch die Vorgabe, dass 30 Prozent der in neuen Bebauungsplänen möglichen Wohneinheiten sogenannter geförderter Wohnraum sein müssen, werden in allen Teilen Lübecks günstige Wohnungen entstehen, ohne einzelne Bauvorhaben durch bürokratische Vorgaben zu überfordern. Zu einer lebendigen Stadt gehören alle Wohnformen. Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass auch künftig sowohl Wohnungen als auch Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser in Lübeck entstehen können.

Wir wissen, dass unser Wohlstand von erfolgreichen Lübecker Firmen abhängt. Deshalb haben wir die Bedingungen geschaffen, dass Lübecker Unternehmen bei uns in der Stadt wachsen und sich neue Firmen in der Hansestadt ansiedeln können. Die begonnene Erschließung des Gewerbegebiets Semiramis I sowie massive Investition in die Anpassung der Hafen-Infrastruktur an die sich ändernden Rahmenbedingungen sind wesentliche Beiträge, mit denen der Wirtschaftsstandort Lübeck gestärkt sowie Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen werden konnten.

Wir haben mit Leitlinien zum neuen Flächennutzungsplan, in dessen Mittelpunkt ein moderates Wachstum bei gleichzeitig hohen Umweltschutzstandards steht, dem Hafenentwicklungsplan und einem Tourismus-Entwicklungskonzept klare Leitplanken für die Entwicklung Lübecks in den nächsten Jahren geschaffen.

Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft beschlossen, dass in den nächsten Jahren in Lübeck eine Millionen neue Bäume als aktiver Beitrag zum Klimaschutz gepflanzt werden und hat die erforderlichen Mittel in den städtischen Haushalt eingestellt.

Wir haben den Abbau des Sanierungsstaus im Bereich Sport angepackt, so z.B. die Sanierung der Schwimmhalle in der Ziegelstraße. Weitere umfangreiche Erneuerungen sind erfolgt, auch wurde das Projekt Sportzentrum Falkenwiese einschließlich der Planungen für eine neue 3-Felder-Halle, die zusätzlich ein Indoor-Leichtathletik-Training ermöglichen wird, auf den Weg gebracht. Die Hanse-Halle wurde ausgebaut, um den Anforderungen der Handball-Bundesliga zu entsprechen.

Wir haben die Instandsetzung wichtiger kultureller Einrichtungen angeschoben, so der Musik- und Kongress-Halle, des Behnhauses, des Buddenbrookhauses und des Theaters.

Unsere Leitlinien für Lübecks Perspektiven bis 2030

Als CDU wollen wir ein Umfeld schaffen, in dem Lübeck seine Potenziale weiter entfalten kann. Gerade die aktuell schwierige Lage erfordert es, heute die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit Lübeck gut durch die Krise kommt und danach erfolgreich durchstarten kann.

Wir wollen eine Stadt, die Entfaltungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen mit einer hohen Lebensqualität und einer intakten Umwelt verbindet. Eine Stadt, die für Bewohnerinnen und Bewohner, Besucherinnen und Besucher attraktiv bleibt.

Nur mit einer starken wirtschaftlichen Basis werden wir langfristig auch die finanzpolitischen Spielräume haben, um durch Investitionen die Herausforderungen anzupacken, die vor uns liegen: Vom Klimaschutz über eine leistungsfähige Infrastruktur, Sicherheit und Ordnung in Lübeck, qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote bis zu modernen Schulen und Sportstätten, Kultureinrichtungen und sozialen Angeboten.

Unsere Leitlinien sind die Grundlage für unsere Politik über die nächste Wahlperiode hinaus. Sie sollen Maßstab sein, um heute Entscheidungen zu treffen, die längerfristigen Zielen dienen. Denn gerade die Krisen der Gegenwart zwingen uns zu einer kritischen Bestandsaufnahme, wo wir als Stadt stehen und wo wir künftig besser werden müssen.

Unsere Leitlinien

Lübeck als wachsende Stadt. Wir wollen, dass Lübeck attraktiv als Ort zum Leben und Arbeiten bleibt und wollen deshalb vorausschauend eine Politik betreiben, damit Lübeck bis 2030 bis zu 230.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eine lebenswerte Heimat sein kann.

Nur eine solide Haushaltspolitik ist nachhaltig. Wir setzen uns dafür ein, die Kreditfinanzierung konsequent weiter zu reduzieren und bestehende Schulden abzubauen. Wie im Privaten sind auch für die Stadt geordnete Finanzen die Grundvoraussetzung, um statt Zinsen an Banken zu zahlen, in die Zukunft investieren zu können. Das gilt umso mehr für die vor uns liegenden Jahre, in denen die Zinsen steigen und die Steuereinnahmen aufgrund schwierigerer wirtschaftlicher Rahmenbedingungen unsicherer werden.

Lübeck wird deutlich umweltfreundlicher. Wir sind davon überzeugt, dass sich eine Reduzierung von CO₂-Emissionen und der Erhalt unserer Umwelt mit einem Zuwachs an Wohlstand in Einklang bringen lassen. Der Weg in eine klimaneutrale Zukunft führt insbesondere über moderne, effizientere Technologien, wie emissionsfreie Heizungen oder Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb. Deshalb streben wir an, die CO₂-Emissionen in Lübeck bis 2030 gegenüber 2019 um 50 Prozent zu vermindern und 2040 Klimaneutralität zu erreichen. Dabei werden wir auf die Ausgewogenheit ökologischer, ökonomischer und sozialer Ziele achten, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und damit die Akzeptanz dieses Weges zu sichern.

Lübeck muss als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben. Für uns hat es eine hohe Priorität, dass sich bestehende Unternehmen in Lübeck weiterentwickeln und neue Firmen ansiedeln können. Nur eine breit aufgestellte Wirtschaft mit Unternehmen unterschiedlicher Größe und Ausrichtung, von Industrie bis Einzelhandel, mit Handwerksbetrieben und Freiberuflern, sichert Arbeitsplätze und Wohlstand, gerade in Zeiten der Krise.

Ohne Digitalisierung geht nichts. Digitale Netze und Anwendungen sind heute eine so grundlegende Voraussetzungen für unsere Gesellschaft wie es früher nur Straßen, Schienen und Brücken waren. Wir werden die Digitalisierung Lübecks mit hoher Priorität vorantreiben. Wir werden unser Augenmerk darauf legen, dass Verwaltung und städtische Gesellschaften digitale Angebote schaffen, die Prozesse vereinfachen und einen spürbaren Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Lübeck bieten.

Vielfältige Bildungs- und Betreuungsangebote auf hohem Niveau. Gute Betreuungsangebote und moderne Schulen eröffnen Kindern und Jugendlichen Perspektiven und entlasten Eltern. Deshalb werden wir als Markenzeichen Lübecks weiterhin dafür sorgen, dass die Bildungs- und Betreuungsangebote quantitativ und qualitativ auf einem Niveau vorgehalten werden, das über dem Landesdurchschnitt liegt.

Sicherheit und Ordnung. Die Menschen in unserer Stadt erwarten ein sicheres und sauberes Lübeck. Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum und der Schutz vor Kriminalität sind für uns eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie Besucherinnen und Besucher in der Stadt Lübeck wohlfühlen.

Soziale Verantwortung: Wir wollen eine soziale Stadt, in der jene, die in Not geraten, Hilfe erhalten. Unsere Sozialpolitik ist davon geleitet, Menschen dabei zu unterstützen, wieder ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Diesem Ziel sollen alle sozialen Angebote folgen. Lübeck ist als weltoffene Stadt Heimat für Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kulturen und Religionen. Für die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Orientierung, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft ist in unserer Stadt kein Platz. Grundlage einer gelingenden Integration und eines friedlichen Miteinander aller Bürgerinnen und Bürger ist die Akzeptanz unserer Werte- und Rechtsordnung sowie das Erlernen der deutschen Sprache.

Kulturhauptstadt des Nordens. Die große Vielfalt kultureller Angebote in Lübeck ist prägend für unsere Stadt und ihre Geschichte und untermauert unseren Anspruch, „Kulturhauptstadt des Nordens“ zu sein. Deshalb bekennen wir uns zu einer reichhaltigen Kulturlandschaft mit Theatern, Museen, Musikangeboten sowohl in privater als auch in öffentlicher Hand und weiteren, auch neuen kulturellen Angeboten.

Moderne Verwaltung. Lübeck braucht eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen, um Prozesse zu verschlanken, zu beschleunigen und zu entbürokratisieren. Die Verwaltung wird aber auch weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger persönlich ansprechbar und erreichbar sein. Neue Beratungsangebote und -formen sollen bei der Prozessverschlinkung berücksichtigt werden.

Lübeck und sein Umland. Lübeck ist ein attraktives Oberzentrum mit hoher Bedeutung auch für die Menschen in den benachbarten Städten, Gemeinden und Kreisen. Stadt und Land brauchen einander, nur gemeinsam können wir uns erfolgreich künftigen Herausforderungen stellen. Deshalb werden wir mit Kreisen und Kommunen in der Region im Gespräch bleiben und uns bei der Suche nach Lösungen für gemeinsame Probleme abstimmen.

Lübeck als wachsende Stadt braucht Wohnraum für alle

Eine starke Wirtschaft mit einem krisenfesten Branchenmix, die Lebensqualität Lübecks mit seinen kulturellen Angeboten und der Lage an der Ostsee sowie das Wachstum der Hochschulen mit einer steigenden Zahl von Studierenden und Arbeitsplätze sorgen dafür, dass mehr Menschen in Lübeck wohnen und arbeiten wollen. Wir wollen darauf vorbereitet sein und schon heute vorausschauend die notwendigen Entscheidungen treffen, damit Lübeck bis 2030 Heimat für bis zu 230.000 Einwohnerinnen und Einwohner bei weiterhin hoher Lebensqualität sein kann.

Wir werden die planerischen Voraussetzungen schaffen, um jederzeit auf die Nachfrage nach unterschiedlichen Wohnformen vorbereitet zu sein. Das gilt für Einfamilienhäuser und Doppel- und Reihenhäuser ebenso wie für Miet- und Eigentumswohnungen. Hier gilt es zu prüfen, ob die alten Brachen früherer Industrieansiedlungen für künftige Besiedelung reaktivierbar werden können.

Bis 2030 schaffen wir die Voraussetzungen für den Bau von 3.000 zusätzlichen Wohneinheiten über den im letzten Wohnungsmarktbericht der Stadt genannten Bedarf von 5.300 neuen Wohneinheiten hinaus. Unser Ziel sind damit insgesamt 8.300 neue Wohnungen in den nächsten sieben Jahren.

Wir werden für ein breites Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen sorgen. Deshalb sollen weiterhin mindestens 30 Prozent der Wohneinheiten in neuen Bebauungsplänen geförderte Wohnungen für Menschen mit geringeren Einkommen sein. So kann bezahlbarer Wohnraum in allen Teilen Lübecks entstehen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei Neubauten auch die Schaffung von altersgerechtem, bezahlbarem Wohnraum angemessen berücksichtigt wird. Studierende benötigen bezahlbaren Wohnraum und eine ausreichende Anzahl an Studentenunterkünften, nach Möglichkeit in Campusnähe.

Lübeck braucht eine schnellere Aufstellung von Bebauungsplänen, damit jene, die Wohnraum schaffen wollen, zügiger als bisher Planungssicherheit erhalten und neue Wohnungen schneller entstehen können. Unser Ziel ist es, dass rechtskräftige Bebauungspläne nach maximal drei Jahren vorliegen und Baugenehmigungen nach höchstens drei Monaten. Sofern die Bauverwaltung nachvollziehbar darlegen kann, dass hierfür zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erforderlich sind, werden wir diesen höheren Personalbedarf prüfen und konstruktiv begleiten.

In der nächsten Wahlperiode muss für das ehemalige Kühne-Gelände in Schlutup, das Schlachthof-Gelände an der Schwartauer Allee, das Sellschopp-Areal in Buntekuh, die Teutendorfer Siedlung und das Baugebiet Howingsbrook in Travemünde, das Geniner Ufer und den ehemaligen Volksfestplatz in St. Gertrud zügig Baurecht geschaffen und mit dem Bau von Wohnungen begonnen werden.

Solide Haushaltsführung sichert Gestaltungsspielraum

Gerade in unsicheren Zeiten ermöglicht eine solide Haushaltsführung, Spielräume für Investitionen in Lübecks Zukunft zu erhalten. Neue Schulden sind angesichts des Endes der Niedrigzinsphase und unsicherer Konjunkturaussichten die Belastungen von morgen. Deshalb werden wir in unserer Haushaltspolitik strikt darauf achten, die Verschuldung Lübecks konsequent abzubauen und die Aufnahme neuer Kredite wo immer möglich zu vermeiden.

Lübeck erwirtschaftet künftig jährlich mindestens ausgeglichene Haushalte ohne neue Defizite.

Kassenkredite mit kurzer Laufzeit (vergleichbar mit Dispositionskrediten bei Privatpersonen) werden wir konsequent abbauen.

Wir wollen erreichen, dass Lübeck Investitionen perspektivisch künftig zunehmend aus Eigenmitteln und Fördergeldern (z.B. des Landes, des Bundes oder der EU) finanziert, um die Aufnahme neuer Schulden zu begrenzen. Innerhalb der nächsten Wahlperiode streben wir dies als ersten Schritt für zwei Drittel aller städtischen Investitionen an. Aktuell werden nur bei 50 Prozent der Investitionen aus Eigenmitteln und Fördergeldern bestritten.

Die gegenwärtige mittelfristige Investitionsplanung der Stadt mit einem steigenden Volumen von 134 Millionen Euro im Jahr 2023 auf 227 Millionen Euro in 2026 ist weder realistisch umsetzbar noch durch die Kommunalaufsicht genehmigungsfähig. In den vergangenen Jahren wurden jedoch regelmäßig nur etwa 60 Prozent der Planungen tatsächlich realisiert. Wir stehen für eine Haushaltspolitik, bei der nur versprochen wird, was auch umsetzbar und finanzierbar ist. Unser Ziel ist deshalb eine realistische und stärker auf Schwerpunktthemen und -projekten ausgerichtete Investitionsplanung, bei der in einem vier Jahreszeitraum rund 90 Prozent der geplanten Vorhaben auch tatsächlich umgesetzt werden. Eine Prioritätenliste für anstehende Investitionen einschließlich eines Fortschrittsberichts soll künftig jährlich der Bürgerschaft als Entscheidungsgrundlage vorgelegt werden.

Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung der bestehenden Leistungen und Prozesse der Verwaltung im Rahmen einer Aufgabenkritik ein. Um Finanzmittel und Personal der Stadt zielgenau einsetzen zu können, bedarf es einer regelmäßigen Feststellung, ob Aufgaben erforderlich sind, wirtschaftlich erbracht und vorgegebene Ziele erreicht werden. Wir wollen die Effizienz auch steigern, um möglichen Gebührenanstiegen entgegenzuwirken.

Neue freiwillige Leistungen, d.h. Angebote der Stadt, die nicht zu ihren gesetzlich vorgegeben Pflichtaufgaben gehören, werden wir nur zustimmen, wenn es eine begründete Notwendigkeit gibt sowie ein Finanzierungskonzept, das im Gegenzug Einsparungen in anderen Bereichen des städtischen Haushalts vorsieht.

Mit uns wird es keinen weiteren Stellenzuwachs in der Verwaltung geben. Mehr Personal werden wir nur zustimmen, wenn zugleich Stellen in anderen Bereichen wegfallen. Ausnahmen sind gesetzliche Vorgaben, die Lübeck dazu verpflichten, für neue Aufgaben, die der Kommune verbindlich übertragen werden, Stellen zu schaffen sowie Stellen zur Kinderbetreuung in Kitas und Schulen sowie Stellen im kommunalen Ordnungsdienst.

Die Beseitigung von Mängeln, sei es an Gebäuden, Straßen oder Brücken, muss künftig zeitnah und umfassend erfolgen. Nur so lassen sich später höhere Kosten durch verschleppte Sanierungen vermeiden. Instandsetzungen müssen stets so erfolgen, dass der Mangel dauerhaft und nicht nur kurzfristig behoben wird, auch das ist perspektivisch kostengünstiger. Wir wollen deshalb, dass so geplant, beauftragt und gebaut wird, dass bei Investitionen der Stadt die Aspekte einer langen Nutzungsdauer, eines geringen Aufwands für Instandhaltung und einer möglichst hohen ökologischen Verträglichkeit wesentliche Kriterien sind.

Zusätzliche Einnahmen können nur durch eine starke Wirtschaft, zusätzliche Arbeitsplätze und neue Einwohnerinnen und Einwohner erzielt werden. Führt die aktuelle krisenhafte Lage zu sinkenden Steuereinnahmen, muss eine Bestandsaufnahme der finanziellen Lage der Stadt erfolgen, es gibt kein einfaches „Weiter so“, bei dem sinkende Einnahmen in gleichem Umfang durch neue Schulden ersetzt werden.

Wir werden prüfen, wie wir die Eigenkapitalausstattung des Gesamtunternehmens Stadtwerke Lübeck perspektivisch durch eine Beteiligung Lübecker Bürgerinnen und Bürger verbessern können, zum Beispiel als Kreditgeber für Projektfinanzierungen oder als Miteigentümer in Form einer Genossenschaft. Als erste Schritte können wir uns Beteiligungsmöglichkeiten an Projektgesellschaften im Bereich der erneuerbaren Energien vorstellen.

Die CDU Lübeck setzt sich in der nächsten Wahlperiode dafür ein, dass die neuen Hebesätze der Grundsteuerarten das Grundsteueraufkommen nicht erhöht. Damit stellt sich die CDU auch an die Seite der vielen Mieterinnen und Mieter, deren Miete dann aus diesem Grunde nicht erhöht werden muss.

Pragmatisch und wirksam – unsere Politik für ein umweltfreundliches Lübeck

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist ein Kernanliegen der CDU und unverzichtbarer Bestandteil unserer Politik. Wir stehen für eine Umwelt- und Klimaschutzpolitik, die sich an der Wirksamkeit und nicht an der Symbolik der Maßnahmen orientiert. Die Wege zu weniger Emissionen und einer Schonung unserer Ressourcen sind vielfältig. Wir setzen auf Vernunft, Pragmatismus und innovative, umweltschonende technische Lösungen. Sicherheit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung sind bei umweltpolitischen Weichenstellungen mitzudenken, um die Innovationskraft der Unternehmen nicht zu gefährden und eine breite Akzeptanz in der Gesellschaft zu erzielen.

Wir werden Energieverbrauch und CO₂-Emissionen von Verwaltung und städtischen Gesellschaften durch gezielte energetische Sanierungen, den Einsatz von Photovoltaik, Solarthermie und Wärmepumpen sowie weitere Maßnahmen konsequent reduzieren. Dazu braucht Lübeck einen Handlungsplan, der mögliche Maßnahmen nach ihrem Aufwand-Nutzen-Verhältnis und unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit priorisiert. Ziel ist, dass eingesetzte Mittel einen möglichst hohen Nutzen für die Umwelt haben.

Wir wollen, dass beim Neubau von Wohnhäusern und Gewerbebauten künftig stärker Photovoltaik zur Stromgewinnung und Solarthermie und Wärmepumpen für Heizung und Warmwasser zum Einsatz kommen und möglichst - unter Beachtung der Auswirkungen auf die Baukosten - zum Regelfall werden.

Wir werden Fernwärmenetze in Verbindung mit effizienten Blockheizkraftwerke ausbauen und im Geschosswohnungsbau sowie in neuen Gewerbegebieten häufiger einsetzen. Dabei werden wir beachten, dass die technischen Möglichkeiten für einen zunehmenden Einsatz von erneuerbaren Energien in den Blockheizkraftwerken weitgehend genutzt werden (Großwärmepumpen).

Durch den Schutz des Baumbestandes und der Wälder, neue Aufforstungen und zusätzliche und erweiterte Grünzonen in den Stadtteilen wollen wir zu mehr Lebensqualität, mehr Klimaschutz und einer besseren Verträglichkeit von Hitzeperioden beitragen. Wir verbessern das Mikroklima auch durch die Reaktivierung trockengelegter Moorflächen, wie es im Krummesser Moor bereits begonnen wurde.

Gefällte Bäume an den Straßenrändern sollen ersetzt werden, zusätzliche wo möglich gepflanzt werden. Gepflasterte Verkehrsinseln sollen entsiegelt und mit bodendeckenden Pflanzen versehen werden.

Wir werden die Verkehrsinfrastruktur optimieren, um Emissionen zu senken. Ein fließender Verkehr ist umweltfreundlicher als ein stehender Verkehr. Deshalb lehnen wir eine Politik ab, die den motorisierten Individualverkehr durch gewollte Behinderungen des Verkehrsflusses unattraktiv machen will. Parallel dazu werden wir den Radverkehr und den ÖPNV attraktiver machen, ohne die verschiedenen Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen.

„Die Verkehrswende bedeutet für uns, Verkehr und Mobilität auf nachhaltige Energieträger, sanfte Mobilitätsnutzung und eine Vernetzung verschiedener Formen des Individualverkehrs und des öffentlichen Personennahverkehrs umzustellen. Dies soll ausdrücklich nicht durch regulatorische Maßnahmen zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs geschehen. Vielmehr soll die Qualität des ÖPNV und der Radwege wesentlich verbessert werden

Unser Ziel ist es, dass in Lübeck ein flächendeckendes Angebot öffentlich zugänglicher Ladesäulen für E-Autos geschaffen wird, das auch eine angemessene Zahl von Schnellladepunkten umfasst. Wir brauchen attraktive Bedingungen und einen schlanken Rechtsrahmen, damit insbesondere private Betreiber in Lübeck zusätzliche Ladesäulen errichten. Mit einem Masterplan wollen wir dafür sorgen, dass Versorgungsziele über die 475 für 2023 angestrebten Ladepunkte hinaus definiert und mit verschiedenen Betreibern abgestimmt und umgesetzt werden. Wir werden uns in diesem Zusammenhang, wo immer es kommunal möglich ist, für unkomplizierte und einheitliche Bezahlssysteme einsetzen.

Großflächige Parkplätze könnten für die Montage von Photovoltaik-Anlagen überdacht werden, ohne dass landwirtschaftliche Flächen dafür verwendet werden müssen. Die Beteiligung von Bürgern an der Finanzierung sollte geprüft werden.

Wir wollen die Attraktivität des ÖPNV in Lübeck weiter steigern, auch um für innerstädtische Wege Alternativen zur PKW-Nutzung zu bieten. Dazu gehören für uns Verbesserungen der Linienführungen des Busverkehrs, attraktive Fahrpreise, vereinfachte Bezahlssysteme (e-Ticket) sowie die Verknüpfung mit der Bahn und anderen Mobilitätsangeboten. Wir werden uns bei der Gestaltung des ÖPNV-Tarifs für eine Geschwisterermäßigung bei Schülerfahrkarten einsetzen.

Wir wollen, dass dort, wo der Bedarf vorhanden ist, tagsüber ein 10 Minuten-Takt und abends eine Erweiterung des Angebotes erfolgt. Hier denken wir z.B. an die Bereiche der Hochschulen, an das UKSH, den Flughafen und die Bahnhalteteipunkte in den Stadtteilen. Wir wollen einen barrierefreien ÖPNV mit überdachten Haltestellen mit Sitzgelegenheiten. Das Liniennetz soll in der Hinsicht erweitert werden, dass es eine Ringlösung gibt und somit nicht die Innenstadt immer durchfahren werden muss.

Wir werden ergänzend zu Bus und Bahn neue Mobilitätskonzepte wie z.B. den Shuttle-Service „Lümo“ weiter erproben und bei Erfolg ausbauen und uns dafür einsetzen, dass es ein Angebot vergleichbar mit dem LÜMO auch in den Stadtbereichen geben soll, in denen am Wochenende und abends kein Bus fährt. Wir werden eine Beteiligung des Taxigewerbes prüfen. Angesichts des heute bereits erheblichen jährlichen Defizits des ÖPNV in Lübeck brauchen wir Kosten-Nutzen-Kriterien, um bei neuen Angeboten über deren dauerhafte Fortführung zu entscheiden.

Wir wollen die Busse des Stadtverkehrs weiter auf klimaneutrale Antriebe umstellen, sowohl auf batterie-elektrische Busse als auch auf Brennstoffzellen-Busse (Wasserstoffbusse). Ausschlaggebend für die Antriebsform ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Wir werden konsequent Förderprogramme u.a. des Bundes für die Erneuerung der Busflotte nutzen. Den Einsatz klimaneutraler Treibstoffe schließen wir nicht aus, wenn dies effizient und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Die Mobilitätsbedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern sind sehr unterschiedlich. Es bedarf deshalb bei allen Entscheidungen, die die Mobilität in der Stadt betreffen, stets einer Abwägung der unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse. Eine Verbotspolitik gegen den motorisierten Individualverkehr lehnen wir deshalb ab. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um Grundstückseigentümern die Einrichtung eines privaten Stellplatzes und damit auch einer Lademöglichkeit für Elektrofahrzeuge im eigenen Vorgarten zu ermöglichen. Wie setzen uns ein für klar gekennzeichnete E-Scooter-Abstellplätze.

Die Landstromnutzung in den Lübecker Häfen werden wir weiter ausbauen, um den Ausstoß von Emissionen während der Liegezeiten der Schiffe deutlich zu senken.

Wasserstoff als Energieträger bietet große Chancen, um Industrie und Transport zu dekarbonisieren. Wir wollen, dass in Lübeck in weiteren Modellprojekten die Nutzung von Wasserstoff erprobt wird, wie es im Fall eines Wasserstoff-Müllfahrzeugs der Entsorgungsbetriebe im Rahmen eines aus Bundesmitteln geförderte Projektes bereits geschieht.

Wir werden die enge Zusammenarbeit öffentlicher und privater Projekte unterstützen, um Synergieeffekte zu erzielen und die Wasserstofftechnologien in Lübeck insgesamt zu stärken.

Wir wollen die finanzielle Mittel für die Instandsetzung, Sanierung und den Ausbau von Fuß- und Radwegen weiter steigern und diese in den kommenden Jahren jährlich um mindestens eine Million Euro erhöhen. Wurzelaufbrüche und schadhafte Oberflächen sind zügig zu beseitigen, wo baulich möglich, sollen die Standards der bundesweit gültigen „Empfehlungen für Radverkehrsanlagen“ (ERA) und der „Empfehlungen für Fussgängerverkehrsanlagen“ (EFA) umgesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass Radfahrerinnen und Radfahrer möglichst eigene, baulich getrennte Radwege nutzen können. Wir sprechen uns aus Sicherheitsgründen gegen den Wegfall eigenständiger Radwege zugunsten von Schutzstreifen für Radfahrer auf der Straße oder kombinierten Bus-/Radspuren aus, wie es in einigen Straßen als Ersatz für zuvor eigenständige Radwege geschehen ist.

Die Behebung der zahlreichen Radwegschäden im ganzen Stadtgebiet haben für uns Vorrang vor teuren Modellprojekten wie Fahrradschnellwege, die zudem erhebliche Planungskapazitäten binden, lange Umsetzungszeiten haben und erhebliche Kostenrisiken beinhalten. Dagegen bringen zügig ausgeführte Sanierungen einer großen Zahl von Radfahrerinnen und Radfahrer unmittelbare und kurzfristige Verbesserungen auf ihren täglichen Wegen durch die Stadt.

Die Zahl von sicheren Abstellplätzen für Fahrräder und E-Bikes soll im gesamten Stadtgebiet - auch unter Berücksichtigung von Lastenrädern - erheblich erweitert werden (u.a. an ÖPNV-Haltestellen, Einkaufs-/Stadtteilzentren und öffentlichen Einrichtungen sowie in Wohngebieten mit Geschosswohnungsbau). Ein Baustellenleitfaden, der die Interessen von Fuß-, Rad- sowie Kfz-Verkehr gleichermaßen berücksichtigt, soll erstellt werden.

Kreisverkehre und Kreuzungen sollen so umbaut werden, dass die Sichtbeziehung zwischen Kfz- und Fuß-/Radverkehr verbessert wird. Dies kann z.B. durch vorgezogene Haltelinien für Fahrräder und durch für den Radverkehr vorgezogene Ampelphasen erzielt werden.

Bei Neubau, Umbau oder grundhafter Sanierung von Rad- und Gehwegen werden Rad- und Gehwege an den Ein- und Ausfahrten ohne Höhenveränderung weitergeführt (Beispiel Moislinger Allee).

Die Radverkehrsanlagen sollen ganzjährig zwischen 7 und 22 Uhr sicher, zügig und komfortabel befahrbar sein.

Dazu zählen insbesondere die Reinigung und der Winterdienst, sowie das verstärkte Kontrollieren von falsch parkenden Fahrzeugen auf Geh- und Radwegen.

Wir bereiten uns darauf vor, den Auswirkungen des Klimawandels in der Region Lübeck mit einem vielfältigen Maßnahmenpaket zu begegnen. Dazu gehören für uns unter anderem ein Hochwasseraktionsplan, die Schaffung von zusätzlichen Feuchträumen und Überschwemmungsgebieten, die Entsiegelung ungenutzter Flächen und ein Hitzeaktionsplan. Dieser soll u.a. Maßnahmen bündeln, mit denen die Aufheizung dicht bebauter Viertel gemildert und extreme Wärmephasen für die Menschen erträglicher gemacht werden können. Bei der Umsetzung geprüfter Maßnahmen sind digitalisierbare Möglichkeiten zwingend zu berücksichtigen.

Als CDU stehen wir für eine aktive Landbewirtschaftung und Nutztierhaltung. Landwirtschaftlich genutzte Flächen am Stadtrand können einen wichtigen Beitrag zur regionalen Lebensmittelerzeugung leisten und tragen insbesondere in Krisenzeiten zur Ernährungssicherung der Stadtbevölkerung bei. Das verhindert zudem lange Transportwege und dient dem Klimaschutz.

Mehr als 60 Prozent des Lübecker Stadtgebietes besteht aus Wald, Feldern, Parks und Erholungsgebieten oder Gewässern. Ein sehr hoher Anteil der Naturflächen wurde in den vergangenen Jahren unter Schutz gestellt. Insgesamt verfügt Lübeck über fast 8.800 Hektar geschützte Flächen (insbesondere Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete), das entspricht 41 Prozent der Fläche der Hansestadt. Eine Notwendigkeit, großflächig zusätzliche Flächen unter Schutz zu stellen, sehen wir nicht, Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt müssen erhalten bleiben. Wir sprechen uns dafür aus, eine Bestandsaufnahme der geschützten Flächen zu machen und zu prüfen, wie diese sinnvoll miteinander verbunden und insgesamt zusammenhängender gestaltet werden können, auch über die Stadtgrenzen hinaus. Zu prüfen ist, ob großräumigere Schutzbereiche im Zuge eines Flächenaustauschs geschaffen werden können. Dies kann, wenn dadurch insgesamt ein „Mehrwert“ entsteht, im Gegenzug auch zur Aufhebung des Schutzstatus bei anderen Einzelflächen führen.

Zur Erhöhung der Artenvielfalt werden wir die Aufstellung neuer Nist- und Unterschlupfmöglichkeiten für Bienen, Fledermäuse und Vögel prüfen, sowohl im Stadtgebiet als auch in den Naturschutzflächen. Zusätzlich werden wir die private Aufstellung und den Unterhalt dieser finanziell fördern.

Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung umweltpolitischer Entscheidungen ein, um zu prüfen, ob die erwarteten positiven Effekte für die Umwelt eingetreten sind. Dies hilft uns, in der Umwelt- und Klimaschutzpolitik immer zielgerichteter handeln zu können.

Attraktivität Lübecks als Einkaufsstadt und Wirtschaftsstandort sichern und ausbauen

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Sie schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze und damit Einkommen und Lebensgrundlage für die Bürgerinnen und Bürger Lübecks. Sie leistet zudem durch ihre Steuerzahlungen einen wesentlichen Beitrag, dass die Stadt die Lebensbedingungen aller Einwohnerinnen und Einwohner verbessern und in die Zukunft investieren kann.

Lübeck hat als Handelsstadt im Ostseeraum eine jahrhundertelange Tradition, die heute durch die Hafenwirtschaft und Unternehmen der Logistikbranche fortgeführt wird. Lübecks Wirtschaft ist durch eine vielfältige Struktur gekennzeichnet, die von Freiberuflern, Handwerksbetrieben, inhabergeführten Einzelhandelsgeschäften bis zu international tätigen Industrieunternehmen und jungen, innovativen Start-Ups im Hochschulumfeld reicht. Diese Vielfalt ist eine Stärke, die wir erhalten wollen. Wir wollen, dass Lübeck auch künftig in der Lage ist, Bestandsunternehmen Wachstumsperspektiven vor Ort zu ermöglichen und neuen Firmen, die sich in Lübeck ansiedeln wollen, Flächen zur Verfügung zu stellen.

Die optimale Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Lübeck bedarf einer langfristigen Strategie. Als CDU werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bürgermeister ein „Wirtschaftsentwicklungskonzept 2035 für Lübeck“ in Auftrag gibt. Ähnlich wie bei den Konzepten zur Hafen- bzw. Tourismusentwicklung sollen beteiligte Akteure unter professioneller Konzeption und Leitung in die Erarbeitung der Strategie eingebunden werden. Dabei sind auch die Chancen aufzugreifen, die sich aus der Festen Fehmarnbeltquerung für Lübeck als Oberzentrum auf der Achse zwischen Skandinavien und Hamburg ergeben. Auch die Entwicklung einer Standortmarke für Lübeck sollte Bestandteil des Wirtschaftsentwicklungskonzeptes sein.

Ein besonderes Augenmerk gilt der Altstadt, die gerade für den Einzelhandel, die Gastronomie und das Gastgewerbe, ebenso für viele ansässige Freiberufler und Dienstleister von großer Bedeutung ist, aber derzeit einen Wandel durchläuft. Diesen wollen wir aktiv gestalten, damit die Altstadt attraktiv für Einwohner, Besucher und Gewerbetreibende bleibt.

Das veränderte Einkaufsverhalten der Kundinnen und Kunden erfordert ein Umdenken. Die Altstadt wird in Zukunft nicht mehr im gleichen Umfang wie früher durch den Einzelhandel geprägt werden. Sie wird sich künftig stärker zu einem Ort entwickeln müssen, an dem sich Wohnen und Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Gastronomie in einem einmaligen historischen Ambiente bündeln.

Ein breites Angebot an Geschäften, auch mit Bedeutung über Lübeck hinaus, bleibt wesentlich für die Altstadt. Diese Entwicklung muss durch die Politik eng begleitet werden, braucht aber das Engagement und das Zusammenwirken vieler Beteiligter und wird ein längerfristiger Prozess sein.

Wir werden als einen ersten Schritt auf diesem Weg prüfen, wie die Bedingungen für die Einzelhändler auf der Altstadtinsel verbessert und der Leerstand bekämpft werden kann. Dazu gehört auch eine Umwandlung lange leerstehender Einzelhandelsflächen zugunsten von mehr Flächen für Wohnen und anderen Nutzungsmöglichkeiten. Zusätzliche Arbeitsplätze der Stadtverwaltung mit üblichen Büroarbeitszeiten und gleichzeitig steigendem Home-Office-Anteil werden die Belebung der Innenstadt insbesondere in den Abendstunden nicht leisten können und haben hier für uns daher keine Priorität. Wir streben daher an, den Verwaltungsstandort Dr. Julius-Leber-Straße weitgehend aufzugeben. An Stelle von nicht denkmalgeschützten Gebäuden sowie des Bunkers ist eine Entwicklung der Flächen für „Wohnen und Arbeiten“ anzustreben (Ideen des neuen Gründerviertels aufnehmen und weiterentwickeln).

Die Innenstadt muss mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar bleiben. Wir lehnen es ab, die Zahl der Bushaltestellen in der Altstadt, wie für die Königstrasse diskutiert, zu verringern, da dies die Erreichbarkeit massiv schwächt. Wir sprechen uns für eine Überprüfung aus, ob mehrere Buslinien - wie momentan beobachtet werden kann - zeitgleich hintereinander durch Teile der Innenstadt fahren müssen. Wir sprechen uns für ein ausreichendes Angebot an Parkplätzen aus. Der Schwerpunkt der Abstellmöglichkeiten wird sich künftig auf Parkflächen am Stadtrand und in Parkhäusern finden. Deshalb haben wir uns für einen Ersatzneubau für das baufällige Parkhaus am Holstentor und für ein zusätzliches Parkhaus im Bereich der Wallhalbinsel eingesetzt. Wir sprechen uns für den Erhalt der bestehenden Parkhausstandorte auf der Altstadtinsel aus. Bei der Planung der Kapazitäten der Parkhäuser ist zu berücksichtigen, dass das straßenbegleitende Anwohnerparken auf der Altstadtinsel perspektivisch moderat reduziert werden soll. Wir benötigen eine Erhöhung der Zahl der Fahrradabstellplätze in der Innenstadt.

Eine attraktive Innenstadt und prosperierende Einkaufszentren sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. Die bestehenden Einkaufszentren sind Teil der Attraktivität Lübecks als Einkaufsstadt und sichern eine große Zahl von Arbeitsplätzen.

Für neue Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“ über die bestehenden hinaus sehen wir in Lübeck und dem Umland jedoch keinen Bedarf und werden uns hierüber auch mit den Nachbarkommunen verständigen.

Stadtteilzentren sollen belebt und attraktiver werden. Die vorhandenen Geschäfte und die jeweilige soziale Infrastruktur müssen gestärkt und gegebenenfalls erweitert werden. Baulücken und Gebäude, die aufgestockt werden können, sollen identifiziert und eine Nachverdichtung - wo vertretbar - erfolgen. Hierzu kann ein auszuarbeitender Stadtteil-/Wirtschaftsentwicklungsplan helfen. Alte Gewerbeflächen sollten vitalisiert werden.

Die Gewerbeflächenplanung muss vorausschauend geschehen. Lübeck muss stets ein angemessenes Angebot an Flächen unterschiedlicher Größen und Lagen vorhalten, um Unternehmen, die nach Lübeck kommen wollen, sowie vorhandenen Firmen, die eine Erweiterung planen, ein Angebot machen zu können. Deshalb wollen wir zügig die Planung und Erschließung des Gewerbegebiets „Semiramis II“ südlich der A20 auf den Weg bringen. Parallel muss der Ausbau der Autobahnanschlussstelle Genin erfolgen, um eine direkte Verbindung von den Gewerbegebieten Semiramis I und II zur Autobahn zu ermöglichen. Wir bekennen uns zum Ziel des Beschlusses der Bürgerschaft zur Aufstellung des neuen Flächennutzungsplan, 250 Hektar Gewerbefläche zusätzlich zur Verfügung zu stellen.

Lübeck braucht Planungssicherheit. Wir werden deshalb die Aufstellung des neuen Flächennutzungsplans mit Hochdruck vorantreiben, damit für die nächsten Jahre die Spielregeln für die Entwicklung Lübecks verlässlich und berechenbar sind. Nur so können wir flexibel auf einen veränderten Bedarf reagieren und schneller als bisher Bebauungspläne erstellen und verabschieden.

Wir setzen auf ein qualitatives Wachstum und sprechen uns deshalb für eine aktive und zielgerichtete Akquisition ansiedlungswilliger Unternehmen aus. Dabei wollen wir den breiten Branchenmix und die Vielfalt der Unternehmen von Handwerksbetrieben bis zu international tätigen Technologiefirmen erhalten und zugleich zukunftsfähige Wirtschaftszweige, die für Lübeck bereits prägend sind, stärken. Dazu zählen wir das Gesundheitswesen, die Medizintechnik, IT und zukunftsweisenden Technologien wie z. B. Künstliche Intelligenz, Robotik, 3-D-Druck und Wasserstoff, aber auch Hafenwirtschaft, Logistik, Nahrungsmittelindustrie sowie saubere Industrien wie den Spezialmaschinenbau. Hinzu kommt der Tourismus, der unverändert eine hohe Bedeutung für Lübeck hat. Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Begleitung von Bestandsunternehmen kommt der Wirtschaftsförderung eine zentrale Rolle zu. Sie muss als Ansprechpartner der Wirtschaft flexibel agieren können, Prozesse koordinieren und Unternehmen im Kontakt mit der Verwaltung unterstützen.

Wir wollen das Potenzial, das die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Lübeck bieten, für die weitere wirtschaftliche Stärkung unserer Stadt nutzen. Absolventinnen und Absolventen der Hochschulen wollen wir in Lübeck eine berufliche Perspektive ermöglichen, sei es in etablierten Unternehmen, als Gründerinnen und Gründer oder bei öffentlichen Arbeitgebern. Der Vernetzung zwischen Forschung und Wirtschaft kommt deshalb eine hohe Bedeutung zu. Innovative Unternehmensgründungen im Umfeld der Hochschulen und Forschungseinrichtungen benötigen eine gezielte Unterstützung durch feste Ansprechpartner bei der Wirtschaftsförderung, die die Gründerinnen und Gründer begleiten. Für hochschulaffine Unternehmensgründungen und -ansiedlungen benötigen wir geeignete Flächen mit guter verkehrlicher Anbindung an die Hochschulen.

Lübeck ist ein überregional bedeutender Gesundheitsstandort. UKSH, Sana-Klinik, Marien-Krankenhaus und weitere stationäre Einrichtungen, Standorte mit Belegbetten von hochqualifizierten Fachärzten, ein breites Netz ambulant tätiger Hausärzte, Fachärzte und Psychotherapeuten sowie Angehörige weiterer Gesundheitsberufe sorgen für eine medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürgern auf hohem Niveau. Diese Versorgungsstandards wollen wir erhalten und den weiteren Ausbau fördern. Wir begrüßen die Neubaupläne der Sana-Klinken als Bekenntnis zum Standort Lübeck. Bei der Sicherung der vorhandenen Kapazitäten der Geburtshilfe in Lübeck gilt es, zukunftsste Strukturen zu schaffen, die den steigenden qualitativen Anforderungen gerecht werden und die Interessen der verschiedenen Beteiligten (Mütter, Ärzte, Pflegepersonal sowie Krankenausträger) berücksichtigen. Modernste Behandlungsmethoden sollen weiterhin in Lübeck der Standard sein. Zudem bekennen wir uns zum Einsatz von „Künstlicher Intelligenz“ (KI), um somit Maßnahmen zur Prävention sowie Behandlungsmethoden weiter zu optimieren.

Die Bauarbeiten zum Fehmarnbelttunnel sind im Gang, der Startschuss zum Ausbau der Bahninfrastruktur zwischen Hamburg und Puttgarden ist gefallen. Die Feste Fehmarnbeltquerung als schnelle Verbindung zu unseren skandinavischen Nachbarn bietet für Lübeck enorme Chancen – die jedoch aktiv ergriffen werden müssen. Wir werden dafür sorgen, dass Lübeck beginnt, sich auf die Zeit nach Eröffnung des Tunnels einzustellen und die Möglichkeiten, die die neue Verbindung gerade für eine Stadt mit traditionell engen Beziehungen zu Skandinavien bieten kann, als Standortvorteil nutzt, z.B. für die Neuansiedlung skandinavischer Unternehmen.

Die künftigen Bahnverkehre von und nach Nordeuropa dürfen nicht nur durch Lübeck hindurchfahren, die Hansestadt muss sich vielmehr als Drehscheibe etablieren, wo zum Beispiel Züge für Ziele in ganz Europa neu zusammengestellt werden.

Lübeck ist hierfür prädestiniert, da sich hier verschiedene Bahnstrecken kreuzen, darunter auch die Bahnverbindung nach Bad Kleinen, die ausgebaut werden soll, um das Nadelöhr Hamburg zu entlasten. Die CDU wird Lübeck als Zentrum an der Achse der Festen Fehmarnbeltquerung etablieren.

Der Ausbau der Bahnstrecken nach Norden und Osten wird auch zu einer besseren überregionalen Erreichbarkeit Lübecks im Personenverkehr führen. Diese Entwicklung stärkt den Wirtschafts- und Tourismusstandort Lübeck und bietet Chancen, die aktiv ergriffen werden müssen.

Der Lübecker Hafen mit allen seinen Akteuren wird auch künftig ein extrem wichtiger Wirtschaftsfaktor für Lübeck sein. Wir unterstützen alle Maßnahmen, ihn vorausschauend und zukunftsfähig aufzustellen. Hierbei ist der Hafenentwicklungsplan 2030 die strategische Leitlinie. Die Lübeck Port Authority hat als „Manager des Gesamthafens“ die Interessen aller Hafenbetreiber/Akteure - städtisch wie privat - angemessen und neutral zu begleiten. Im „Gesamtkonzern Stadt“ ist eine klare Trennung von Infrastruktur (Kaikanten/Hafenflächen) und Umschlagstätigkeiten herbeizuführen. Nur so ist eine langfristige Planung und Realisierung von Investitionen sowie deren Refinanzierung über angemessene und marktgerechte Entgelte/Pachten sicher zu stellen.

Der Erhalt und die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur in Lübeck an aktuelle Erfordernisse haben für uns weiterhin eine hohe Priorität, um Wegezeiten und Emissionen zu minimieren. Wir benötigen leistungsfähige und intakte innerstädtische Verkehrswege (Straßen, Brücken, Fuß- und Radwege) sowie eine gute überregionale Anbindung sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Wir bekennen uns zum Ausbau des Elbe-Lübeck-Kanals als umweltfreundliche Hinterlandanbindung des Hafens und zum mittlerweile privat erfolgreich betriebenen Flughafen. Das Zusammenspiel der Verkehrsträger macht den Erfolg und hält die Stadt in Bewegung.

Wir setzen auf eine Wirtschaftsstruktur, die gut bezahlte und sichere Arbeitsplätze bietet. Sie geben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Sicherheit, durch eigene Arbeit in Würde für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen, und stabilisieren dadurch auch das gesellschaftliche Miteinander.

Digitalisierung als Chance

Immer mehr Lebensbereiche werden durch die Digitalisierung bestimmt. Während es im Bereich privater Dienstleistungen von der Urlaubsbuchung über das Tracking von Paketsendungen bis zur Tischreservierung im Restaurant mittlerweile selbstverständlich ist, dass dies digital möglich ist, fehlen für viele städtische Dienstleistungen vielfach vergleichbare komfortable Lösungen. Das wollen wir ändern.

Digitalisierung ist aber mehr: Sie wird auch die Abläufe in der Verwaltung ändern und kann zugleich in vielen Bereichen durch neue Wege der Datenerhebung vom Klimaschutz bis zum Baustellenmanagement unser Handeln zielgenauer ausrichten. Wir wollen, dass diese Möglichkeiten auch in Lübeck stärker zum Wohl der Stadt genutzt werden.

Lübeck benötigt eine umfassende und flexibel erweiterbare Digitalisierungsstrategie, bei der der Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in Lübeck im Mittelpunkt steht, insbesondere der digitale Zugang zu Verwaltung und Dienstleistungen.

Wir werden die weitere konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes begleiten, das Kommunen seit Jahresbeginn 2023 verpflichtet, Verwaltungsleistungen digital anzubieten. Ziel ist die medienbruchfreie Digitalisierung sämtlicher Bürgerprozesse der Lübecker Stadtverwaltung sowie eine Beschleunigung der Antragsbewältigung durch Automation für eine vollumfängliche digitale Bearbeitung.

Wir setzen uns für eine an den Informationsbedürfnissen der Bürgerinnen und Bürgern orientierte Auslegung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und weiterer Datenschutzvorgaben ein. Die Hansestadt Lübeck muss, wie andere Kommunen es auch tun, ihre Bürgerinnen und Bürger auch über solche soziale Medien informieren, die von den Zielgruppen akzeptiert und stark genutzt werden. Der unbegründete Ausschluss von Facebook, Instagram, WhatsApp oder ähnlichem durch die Verwaltungsspitze ist aufzuheben. Dies gilt insbesondere für Angebote an Jugendliche, die heute im Wesentlichen über weltweit anerkannte soziale Medien kommunizieren.

Wir setzen uns für die Schaffung eines „Ausschusses für Digitalisierung“ der Bürgerschaft ein. Der Beirat „Lübeck Digital“ ist beim Ausschuss anzusiedeln. Die neugeschaffene Stabstelle „Digitalisierung, Organisation und Strategie“ (DOS) der Verwaltung hat dem Ausschuss regelmäßig zu berichten.

Die Lübecker Verwaltung muss ein interessanter Arbeitgeber für IT-Fachleute werden und attraktive Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Wir werden uns dafür einsetzen, innerhalb des gültigen Tarifrechts Wege zu finden, damit die Stadt als öffentlicher Arbeitgeber beim Werben um den IT-Nachwuchs mit der privatwirtschaftlichen Konkurrenz mithalten kann. Gleichzeitig wollen wir verstärkt eigene Verwaltungsinformatiker durch die Stadtverwaltung ausbilden lassen.

Die Digitalisierung muss mit einer Verwaltungsmodernisierung einhergehen, mit der Überprüfung und Optimierung von Verwaltungsprozessen und der Nutzung aktueller und zukünftiger Standards. Durch die Digitalisierung von Prozessen muss die Verwaltung schlanker, schneller und leistungsfähiger werden.

Unsere Schulen benötigen eine zuverlässige und funktionsfähige digitale Infrastruktur. Wir fordern die Verlegung von ausreichenden WLAN-Zugängen an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen.

Wir unterstützen den weiteren Ausbau des freien WLAN-Angebots „FreeWiFi LueConnect“ der Stadtwerke Lübeck, um Bürgerinnen und Bürgern und Gästen der Stadt an weiteren Orten (z.B. Behörden, Museen, öffentliche Plätze) ein öffentliches WLAN zur Verfügung zu stellen.

Digitalisierung ist auch für die Energiewirtschaft enorm wichtig. Im Bereich der Nachhaltigkeit setzt sich die CDU dafür ein, Energieverbräuche – auch mittels digitaler Unterstützungsmöglichkeiten – zu senken und Nachhaltigkeit dort zu fördern, wo es technisch umsetzbar ist.

Hochwertige Betreuungs-, Bildungs- und Sportangebote für Lübeck

Lübeck hat ein breites Angebot an Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, von den Kindertagesstätten über Grund- und weiterführende Schulen sowie Berufsschulen bis zu den Hochschulen. Wir wollen diese Vielfalt erhalten und stärken. Gute Qualitätsstandards und ein hoher Versorgungsgrad bei der Betreuung von Kindern stellen für die CDU wichtige Bausteine einer familienfreundlichen Stadt dar. Die Ausstattung der Schulen und weiterer Bildungseinrichtungen und ihr baulicher Zustand müssen sich an modernen Erfordernissen und Standards orientieren. Dafür stehen wir.

Wir wollen ein über dem Landesdurchschnitt liegendes Angebot an Krippen- und Kitaplätzen in Lübeck erhalten, um gerade berufstätigen Eltern eine gute Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen. Die Kitas haben nach unserer Überzeugung einen wichtigen Bildungsauftrag. Wir setzen uns für eine gerechte Bezuschussung der Betreuung von Kita- und Schulkindern ein. Ein sozialgestaffelter Zuschuss zu den Kita-Entgelten der Eltern bringt finanzielle Spielräume für andere wichtige Themen.

Die Zahl der Fachkräfte im Bereich der Kita ist der Schlüssel zu einer qualitativen Versorgung. Die Verknappung der Arbeitskräfte ist bereits jetzt zu spüren und setzt sich durch den demografischen Wandel weiter fort. Wenn wir nicht sofort beginnen, weitere Fachkräfte auszubilden, dann sinken die Chancen weiter. Wir wollen eine Erhöhung der Kapazitäten der Erzieherausbildung in allen Formen und ein attraktives Ausbildungsangebot.

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf brauchen wir über Lübeck verteilt mehrere Betreuungsmöglichkeiten für Kinder mit verlängerten Öffnungszeiten. Auch eine „24-Stunden-Kita“ wollen wir auf den Weg bringen, um Eltern im Schichtdienst ein Betreuungsangebot machen zu können und sie so zu entlasten. Auch wollen wir daran festhalten, dass die Zahl der Schließtage in Lübeck geringer ist als im Landesdurchschnitt.

Krippen, Kitas und Schulen benötigen Gebäude ohne Sanierungsstau, eine technische Ausstattung auf der Höhe der Zeit und dort, wo es zu eng wird, Ausbauperspektiven.

Die CDU steht für ein vielfältiges Bildungsangebot in Lübeck, das jeder Schülerin und jedem Schüler eine Förderung entsprechend der eigenen Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten ermöglicht. Bei den weiterführenden Schulen werden Gymnasien und Gemeinschaftsschulen gleichberechtigt gefördert. Gleichzeitig setzt sich die CDU Lübeck dafür ein, auch außerschulische Angebote für Schülerinnen und Schüler von Vereinen und Institutionen zu fördern. Mit ergänzenden Bildungsangeboten wollen wir die Zahl der Schulabbrecher reduzieren.

Wir setzen uns für ein bedarfsgerechtes Angebot an Förderbetreuung, Fördergruppen und Förderzentren ein, um Schülerinnen und Schülern eine individuelle Unterstützung anbieten und Eltern die Wahl der geeigneten Schulform ermöglichen zu können.

Wir setzen uns ein für eine vollständige Durchführung von Schuleingangsuntersuchungen bei allen Kindern, die die Schulpflicht erreicht haben.

Wir setzen uns ein für die Installation von Trinkwasserhähnen in den Lübecker Schulen.

Wir wollen vernetzte Angebote aufbauen, um besonderen Nachfragen entsprechen zu können, zum Beispiel englischsprachige Kita-Gruppen in räumlicher Nähe zu Grundschulen, die ebenfalls ein entsprechendes Angebot vorhalten, sowie ergänzende Anschlussangebote an weiterführenden Schulen. Dies kann auch ein Beitrag sein, um Lübecks Attraktivität für internationale Fachkräfte und ihre Familien zu erhöhen.

Kommunale Angebote zur politischen Bildung für Schulen müssen frühzeitig ausgebaut werden, um Schülerinnen und Schüler sämtlicher Schulformen politisch zu aktivieren. Zudem sollte der Verband politischer Jugend Lübeck weiterhin gefördert werden.

Universität, Musikhochschule, Technische Hochschule und Fachhochschule des Bundes sind wichtig für Lübeck als Wissenschaftsstandort. Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben durch Kooperationen und Ausgründungen eine wachsende Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Lübeck. Die Hochschulen selbst sind wichtige Arbeitgeber für die Region, das studentische Leben bereichert Lübeck. Wir wollen, dass die Stadt im engen Kontakt mit den Hochschulen den Wissenschaftsstandort Lübeck stärkt. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass Flächen für Erweiterungen zur Verfügung stehen und werden hierfür insbesondere Flächen südlich des UKSH Richtung Hochschulstadtteil prüfen. Auch Flächen im Umfeld des Lübecker Flughafens halten wir für eine zweckmäßige Option für die Erweiterung des Hochschul-Campus bzw. für die Ansiedlung von Ausgründungen und setzen uns für eine entsprechende Prüfung ein. Wir unterstützen Überlegungen von Universität und UKSH, Flächen an der Universitätsstraße neu zu überplanen, um weitere moderne Infrastruktur für das UKSH sowie für studentisches Wohnen zu schaffen.

Das Bundesbank-Gebäude sehen wir als idealen Standort, um den Raumbedarf der Musikhochschule zu decken, der insbesondere durch die Zentralisierung der Musiklehrer-Ausbildung auf den Standort Lübeck gegeben ist. Die unmittelbare Nähe zu weiteren Einrichtungen der Musikhochschule und entsprechend kurze Wege unterstreichen die Zweckmäßigkeit diese Lösung.

Wir werden uns daher bei der Landesregierung für den Erwerb des Bundesbank-Gebäudes einsetzen. Den derzeit vom Lübecker Bürgermeister angestrebten Kauf des Bundesbank-Gebäudes für die Ansiedlung von Teilen der Bauverwaltung halten wir dagegen nicht für sinnvoll. Dieser Ansatz unterläuft unser Bestreben, in der Verwaltung Kostenoptimierungen durch die Konzentration von Verwaltungseinheiten auf wenige große Standorte zu erzielen.

Wir werden darauf achten, dass es in Fragen wie der ÖPNV-Anbindung und der Parkplatzsituation rund um die Hochschulen eine enge Abstimmung zwischen Stadt und Hochschulen gibt. Um die Busanbindung des Campus zu verbessern, sprechen wir uns für einen 10-Minuten-Takt tagsüber aus und wollen prüfen, ob Busse, die die Ratzeburger Allee befahren, grundsätzlich auch zusätzlich vor dem Zentralklinikum halten sollten. Der Takt der Linien, die die Hochschulen mit der Stadt verbinden, soll auch in den Abendstunden verdichtet werden.

Sport fördert die Gesundheit, ist für viele Menschen ein wichtiger Teil ihrer Freizeitgestaltung und von hoher Bedeutung für das soziale Leben in Lübeck. Die Sportvereine leisten in diesem Bereich einen wertvollen Beitrag. Gut ausgestattete Sportstätten in ausreichender Zahl sowie in einem guten baulichen Zustand sind Voraussetzung für vielfältige Sportangebote der Schulen und der Vereine, aber auch für vereinsunabhängige sportliche Aktivitäten.

Wir setzen uns deshalb für die weitere Sanierung der Sporthallen und -plätze ein und werden die Umsetzung des Sportentwicklungsplans intensiv begleiten. Die neue Sporthalle an der Falkenwiese soll in der nächsten Wahlperiode fertiggestellt, der bereits beschlossene Bau einer neuen Turnsporthalle in Kücknitz umgesetzt werden. Eine neu zu errichtende Multifunktionshalle wäre nicht nur ein zusätzlicher Ort für kulturelle Angebote, sondern auch für Sport-Events. Deshalb wollen wir die planerische Grundlage schaffen, um einen privaten Investor für Errichtung und Betrieb einer solchen Halle in Lübeck zu gewinnen.

Schwimmen gehört zu den elementaren körperlichen Fähigkeiten. Wir setzen uns daher für regelmäßigen Schwimmunterricht an den Lübecker Schulen ein. In den Lübecker Schwimmhallen und -bädern muss es Spaß machen zu schwimmen. Die mit dem Sportbad St. Lorenz begonnene Sanierung der Lübecker Schwimmhallen ist fortzusetzen, die Freibäder attraktiv zu halten. Auch die Flussbadeanstalten sind beliebt und in ihrem Bestand zu sichern. Die CDU setzt sich deshalb für eine dauerhafte Förderung der Naturbäder Marli, Falkenwiese und Eichholz ein. Dafür wollen wir die Arbeit des gemeinnützigen Vereins Naturbäder Wakenitz mit einer dauerhaften anteiligen Übernahme von Personalkosten unterstützen.

Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung in Lübeck

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Gäste unserer Stadt erwarten ein sicheres und sauberes Lübeck. Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum und der Schutz vor Kriminalität sind für die CDU deshalb eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner ebenso wie Besucherinnen und Besucher in unserer Stadt wohlfühlen. Dies gilt für die gesamte Stadt und insbesondere für die Altstadt.

Wir werden den in der Stadt sichtbaren Ordnungsdienst der Stadt weiter stärken und seine Präsenz in problematischen Bereichen gezielt erhöhen. Wir setzen hierbei auf eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit der Polizei.

An gefährlichen Orten und Brennpunkten mit besonderem Potenzial für Straftaten wollen wir zumindest temporär eine Videoüberwachung ermöglichen.

Wir werden die Verunreinigung und Verwahrlosung öffentlicher Orte gerade in der Altstadt, die die Aufenthaltsqualität zunehmend beeinträchtigt, nicht hinnehmen und ihr stärker entgegenwirken. Ordnungswidrigkeiten in diesem Bereich müssen konsequent geahndet werden. Das gilt für Vermüllungen und Verunreinigungen ebenso wie für illegale Graffiti. Wir fordern ein Konsumverbot für Alkohol in problematischen Bereichen. Wir wollen prüfen, ob Sammelcontainer durch Digitalisierung bei entsprechenden Füllständen zeitnah geleert werden können um die Sammelplätze sauber zu halten.

Zur Erhöhung der Sicherheit werden wir die Beleuchtung von Straßen und Gehwegen (Angsträume) weiter verbessern. Dort wo eine Straßenbeleuchtung nicht auf der Seite des Fußweges ist, ist dies zu ändern. Parken von Wohnmobilen, Anhängern und LKWs in Siedlungen muss stärker begrenzt werden.

Unsere Werte- und Rechtsordnung ist von allen Bürgerinnen und Bürgern und Gästen einzuhalten und bei Bedarf von der Polizei und unserem städtischen Ordnungsdienst konsequent durchzusetzen.

Ein leistungsfähiger Katastrophenschutz und der Schutz der kritischen Infrastruktur sind wesentliche Aspekte einer sicheren Stadt. Wir wollen, dass die Stadt auf die Auswirkungen von Hochwasser, Stürmen und weiteren ungewöhnlichen Wetterlagen vorbereitet ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die kritische Infrastruktur in Lübeck (Energie-, Wasser- und Wärmeversorgung) vor den Auswirkungen von Katastrophen und Anschlägen besser geschützt wird. Dazu bedarf es einer regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung von Schutzkonzepten.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Freiwilligen Feuerwehren mit ihrer zentralen Bedeutung für die Sicherheitsinfrastruktur der Stadt über moderne Gerätehäuser verfügen, die den heutigen Anforderungen entsprechen.

Wir fordern eine Auswertung des städtischen Handelns während der Corona-Pandemie als Grundlage eines kommunales Konzepts zur Pandemievorsorge. Dieses soll auf städtischer Ebene den von der Landesregierung angekündigten neuen Landespandemieplan ergänzen.

Wir werden die Einrichtung eines städtischen „Altersvorsorgefonds für Ehrenamtler im Bereich Sicherheit“ für jene prüfen, die sich länger als drei Jahre aktiv in einer Freiwilligen Feuerwehr oder im Sanitätsdienst und Rettungswesen ehrenamtlich engagiert haben. Damit werden wir zugleich einen Anreiz für das ehrenamtliche Engagement in diesen Bereichen schaffen und die Wertschätzung der Gesellschaft für dieses zum Ausdruck bringen. Wir werden uns bei der Landregierung für die Schaffung eines rechtlichen Rahmen für einen Altersvorsorgefonds für Ehrenamtler einsetzen.

Lübeck als soziale Stadt

Wir wollen eine soziale Stadt, in der jene, die unverschuldet in Not geraten, Hilfe erhalten. Unsere Sozialpolitik ist davon geleitet, Menschen dabei zu unterstützen, wieder ein eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Die CDU bekennt sich zum Fortbestand der städtischen Senioreneinrichtungen als Ergänzung zu den Einrichtungen anderer Träger. Die städtische Senioreneinrichtungen müssen sich hinsichtlich ihrer Größe, Qualität, räumlichen Gestaltung und Betriebskonzepten mit Wettbewerbern messen können, um konkurrenzfähig zu bleiben und einen wirtschaftlichen Betrieb zu ermöglichen. Deshalb wollen wir den Neubau städtischer Senioreneinrichtungen, die diesen Ansprüchen gerecht werden. Wir sind offen für eine Prüfung, ob strategische Partnerschaften oder Kooperationen und der damit verbundene Know-How-Transfer einen zusätzlichen Beitrag zur Zukunftssicherung der städtischen Senioreneinrichtungen leisten könnte. Ausdrücklich bekennen wir uns zum Erhalt des Heiligen-Geist-Hospitals als Alten- und Pflegeheim. Das Heiligen-Geist-Hospital als Alten- und Pflegeheim wird dauerhaft von den Senioreneinrichtungen der Hansestadt Lübeck betrieben. Diese Einrichtung ist die älteste ihrer Art in Europa, steht in einzigartiger Weise in der Tradition der Hanse und wird sowohl von Bewohnerinnen und Bewohnern als auch von den dort Beschäftigten in besonderer Weise geschätzt. Dieses Stück „Lübscher Wohlfahrtskultur“ werden wir bewahren. Die notwendigen Brandschutzmaßnahmen werden unverzüglich umgesetzt.

Wir werden in Lübeck als weltoffener Stadt Toleranz, Respekt und gegenseitiges Verständnis fördern und bekennen uns zur Vielfalt der Lebensentwürfe. Wir treten der Diskriminierung von Menschen entgegen, sei es aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Orientierung, ihres Glaubens oder ihrer Herkunft.

Wir wollen Menschen mit Migrationshintergrund gut in unsere Gesellschaft integrieren und ihnen Chancen eröffnen, sich in Lübeck eine neue Existenz aufzubauen und in unserer Stadt heimisch zu werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist für uns der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration. Eine Anerkennung unserer Rechts- und Werteordnung setzen wir voraus. Wir werden uns für Konzepte einsetzen, die einen durchgängigen Fahrplan von der Ankunft bis zum eigenständigen Leben darlegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass „geduldete Menschen“, die die deutsche Sprache erlernt, eine feste Arbeit gefunden und sich in unsere Gesellschaft integriert haben, die Möglichkeit eines dauerhaften Bleiberechts eröffnet wird. Insgesamt wollen wir Barrieren zur Aufnahme von Beschäftigung für anerkannte Asylberechtigte und vergleichbare Personengruppen abbauen, etwa indem wir Anerkennungsverfahren von Berufsabschlüssen beschleunigen.

Ziel ist es, Menschen in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu sichern. Wer jedoch in besonderer Weise straffällig wird, soll unser Land wieder verlassen müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das geltende Recht konsequent durchgesetzt und angewendet wird.

Wir treten für eine Verstärkung der Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements ein, mit einem Schwerpunkt auf Stadtteilnähe. Wir sprechen uns für Quartiers-Fördertöpfe aus, mit denen vielfältige kleine Projekte zur Quartiersentwicklung und Nachbarschaftsvernetzung in Absprache mit bereits vor Ort tätigen, wie z.B. den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Verbänden unterstützt werden können. Hierbei wollen wir insbesondere das ehrenamtlichen Engagement in den Wohnquartieren fördern.

Wir bekennen uns zu einem barrierefreien und inklusiven Lübeck. Menschen mit Behinderung haben ein Recht darauf, gleichberechtigt zu wohnen, zu lernen und zu arbeiten. Deshalb wollen wir, dass öffentlich zugängliche Gebäude, der ÖPNV, Veranstaltungen und die Kommunikation der Stadt barrierefrei gestaltet werden. Dies gilt auch für Dienstleistungen und digitale Angebote.

Wir werden ein bedarfsgerechtes Angebot an Frauenhausplätzen schaffen und werden uns deshalb für weitere Landesmittel einsetzen. Frauenberatungsstellen sowie Kinderschutzeinrichtungen werden wir weiter stärken. Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, überall dort, wo es durch kommunales Handeln möglich ist, in Lübeck das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) umzusetzen.

Wir wollen prüfen, ob in Lübeck ergänzend zu bestehenden Hilfsmaßnahmen gegen Obdachlosigkeit ein „Housing-First“-Konzept umgesetzt werden kann. Das Konzept „Housing First“ sieht vor, Betroffenen in einem ersten Schritt eine Wohnung anzubieten, um ihnen, ausgehend von der Sicherheit einer festen Unterkunft eng begleitet und unterstützt durch weitere Hilfsangebote einen dauerhaften Weg zurück in einen strukturierten Alltag zu ermöglichen.

Wir werden Präventionsmaßnahmen und Hilfsangebote für Drogensüchtige fortsetzen und sprechen uns gegen jede Verharmlosung des Konsums von Drogen aus.

Wir wollen das Mehrgenerationenhaus in Eichholz in seinem Bestand dauerhaft sichern, um sicherzustellen, dass die dortigen Angebote erhalten und erweitert werden.

Das Konzept Leben und Wohnen im Alter wird kontinuierlich fortgeschrieben, um auf neue veränderte Herausforderungen bedarfsgerecht zu reagieren. Die Handlungsfelder müssen überprüft, aktualisiert und gegebenenfalls ergänzt werden (wie z.B. Erhalt der Präventiven Hausbesuche und deren Ausweitung auf das gesamte Stadtgebiet).

Damit Menschen im Seniorenalter so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrer Häuslichkeit verbringen können, ist die Stärkung der ambulanten pflegerischen Versorgung wesentlich. Dazu gehören auch Entlastungsdienste für pflegende Angehörige. Zur rechtzeitigen Feststellung eines Pflege- oder Betreuungsbedarfs sowie drohender Vereinsamung wollen wir die Aufsuchende Sozialarbeit erweitern. Für bereits bestehende Bedarfe wollen wir die „Gemeindeschwester“ zunächst im Rahmen eines Projekts einführen.

Zur Eindämmung der Alterseinsamkeit werden wir generationenübergreifenden Zusammenhalt und Wohnmöglichkeiten fördern. Digitale Kompetenzen wollen wir für unsere Seniorinnen und Senioren niedrigschwellig fördern.

Wir werden überprüfen, wie wir ambulante Pflegedienste unterstützen können, inwiefern beispielsweise Sonderrechte für das Parken während der Versorgung der Pflegebedürftigen einzuräumen sind.

Wir haben beispielhaft an der drohenden Schließung des Marienkrankenhauses gesehen, dass es dringende Bedarfe eines engen Austausches der Akteure im Gesundheitswesen mit der Verwaltung der Hansestadt Lübeck gibt. Wir wollen hierzu die Veranstaltung „Vernetzte Gesundheit in der Hanseregion Lübeck“ in die Wege leiten, die mindestens einmal jährlich stattfindet. Sie dient dazu, Probleme frühzeitig zu erkennen und lösen zu können. Der Verein Gesundheitsnetzwerk Lübeck und Umgebung e. V. hat gerade in der Pandemie eine herausragende Arbeit geleistet. Ihn wollen wir hier einbinden und unterstützen.

Das Gesundheitsamt Lübeck hat während der Pandemie eine besondere Stellung erfahren. Eine gute Infrastruktur und ein ausreichender Personalschlüssel sind Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir werden uns für eine entsprechende Ausstattung stark machen.

Kulturhauptstadt des Nordens stärken

Lübeck ist die Kulturhauptstadt des Norden. Wir wollen die Vielfalt des kulturellen Angebots für Bürgerinnen und Bürger und Gäste unserer Stadt sichern und sprechen uns für eine angemessene finanzielle Ausstattung ein. Zugleich darf die Wirtschaftlichkeit öffentlicher kultureller Angebote nicht außer Acht gelassen werden.

Wir wollen verlässliche Rahmenbedingungen für den Erhalt und die Entwicklung der vielfältigen Kulturlandschaft schaffen. Das städtische Theater, die Museen in öffentlicher Hand, die Veranstaltungen der Musikhochschule gehören für uns ebenso zu einem breiten kulturellen Angebot wie die vielen privaten Kultureinrichtungen, seien es Theater- und Musikbühnen, Museen, Galerien und weitere Initiativen, deren Arbeit wir eine hohe Wertschätzung entgegenbringen. Wir setzen uns für eine gemeinsame Werbung der Stadt sowohl für städtische als auch private Kultureinrichtungen und -angebote ein.

Aufgrund der Vielfalt der Angebote und ihrer Bedeutung für Lübeck sprechen wir uns für einen Kulturentwicklungsplan aus, in dem Bedingungen, Ressourcen und Schwerpunkte der städtischen Kulturpolitik transparent dargelegt und längerfristige Ziele beschrieben werden. Dabei sollte Qualität vor Quantität gehen und sich auf Themen fokussiert werden, die eine überregionale Strahlkraft entwickeln können. Die anzusprechenden Besuchergruppen sollten sich mit den Zielgruppen des Tourismuskonzepts 2030 decken. Bei der Aufstellung des Kulturentwicklungsplans wollen wir auch diskutieren, inwieweit Lübeck seine städtische Museumslandschaft stärker auf Schwerpunkte wie den Ostseeraum und seiner geschichtlichen Bedeutung für Lübeck fokussieren sollte.

Wir begrüßen, dass das Land eine Entwicklungskonzeption für die zukünftige Aufstellung der Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup finanziell unterstützt, und fordern ergänzend auch eine städtische Förderung sowie eine räumliche Erweiterung. Die Grenzdokumentationsstätte muss als Ort historisch-politischer Bildung, der die Erinnerung an die deutsche Teilung und das DDR-Unrecht wachhält, dauerhaft gestärkt werden.

Wir fordern eine ergebnisoffene Debatte, ob ein Ausbau des Museums für Natur und Umwelt zu einem Umweltbildungszentrum einem Investitionsvolumen von mindestens 40 Millionen Euro angesichts begrenzter öffentlicher Mittel verwirklicht werden sollte oder ob diese Mittel nicht besser zur Stärkung musealer Schwerpunkte Lübecks zur Verfügung stehen sollten. Ein millionenschwerer Ausbau des Museums wäre für uns nur denkbar, wenn ein neues Naturkundemuseum nachweisbar eine überregionale und somit auch touristische Wirkung entfalten würde.

Lübeck verfügt über umfangreiche historische Exponate und thematische Sammlungen, die nicht dauerhaft in den bestehenden Museen der Öffentlichkeit gezeigt werden können. Wir wollen prüfen, ob ein neues Ausstellungshaus umsetzbar wäre, um statt neuer Museen einen Raum zu schaffen, der für Sonder- und Themenausstellungen mit Exponaten aus den verschiedenen städtischen und auch aus auswärtigen Sammlungen geeignet ist. In diesem Zusammenhang wollen auch wir prüfen, ob sich eine archäologische Dauerausstellung in dieses Konzept integrieren lässt. Ein Ausstellungshaus böte auch Möglichkeiten, Bestände der Völkerkundesammlung regelmäßig sichtbar zu machen. Ein eigenes Museum für die Völkerkundesammlung lehnen wir ab.

Wir fordern ein Konzept zum Kulturgüterschutz, um sicherzustellen, dass Bestände des Archivs und der Bibliothek sowie Museumsexponate in den städtischen Depots geschützt gelagert werden, um sie in einem guten Zustand zu erhalten. Wir werden prüfen, ob Lübeck einen zentralen „Wissensspeicher“ als Ort der sachgerechten Archivierung, Pflege und Restaurierung von Exponaten und Dokumenten benötigt und unter welchen, auch finanziellen Voraussetzungen, ein solches Projekt umsetzbar wäre.

Wir bekennen uns zum Fortbestand des Lübecker Theaters mit seiner bisherigen Angebotsbreite und künstlerischen Qualität. Die CDU wird sich für eine Modernisierung des Theaters einsetzen, die sowohl ein effizienteres Arbeiten ermöglicht als auch die Attraktivität für Besucher steigert.

Die Lübecker Altstadt ist ein Weltkulturerbe. Dies ist u.a. geprägt durch die Backsteingotik der Kirchen und die Lübecker Bürgerhäuser. Diesen Schatz wollen wir bewahren und pflegen.

Lübeck benötigt für sportliche und weitere auch kulturelle Veranstaltungen sowie für Kongresse ergänzend zur MuK eine zusätzliche Multifunktionshalle, umso mehr, nachdem auch die Tagungs- und Veranstaltungsräume des Hanseatischen Hofes weggefallen sind. Die mittlere Wallhalbinsel wäre aufgrund der Nähe zur MuK, mehreren Hotels, eine Vielzahl von Event-Locations und der Altstadt ein idealer Standort. Die Stadt kann eine Multifunktionshalle nicht selbst betreiben, aber die planerische Grundlage schaffen, um einen privaten Investor für Errichtung und Betrieb einer solchen Halle zu gewinnen.

Wir wollen Lübeck als Stadt für Kongresse stärken und aktiv vermarkten.

Wir wollen legale Plätze und Flächen für Urbane Kunst in Lübeck schaffen, um Sachbeschädigungen an öffentlichen und privaten Bauwerken zu minimieren.

Wir werden uns für die Pflege unserer bestehenden Städtepartnerschaften einsetzen und zudem prüfen, ob neue Partnerschaften mit Städten in der Ukraine und/oder Israel geschlossen werden können.

Eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung für Lübeck

Lübeck braucht eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung. Die Verwaltung muss für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen über unterschiedliche Zugangswege gut erreichbar sein. Dazu gehören neben dem Online-Zugang, der künftig umfassender möglich sein muss, auch „Chats“ sowie weiterhin persönliche Termine in den Bürgerbüros.

Die Digitalisierung der Verwaltung muss endlich an Fahrt aufnehmen, sie muss Triebfeder für den digitalen Wandel in Lübeck werden, statt weiter ins Hintertreffen zu geraten. Die Zahl der Online-Dienstleistungen ist zu erhöhen, die Umsetzung des Online-Zugangsgesetz muss umfassend und bürokratiearm erfolgen. Auskünfte und Entscheidungen sind zeitnah zu erteilen. Wir wollen, dass bei Nichteinhaltung von Fristen durch die Verwaltung Bürgern eine zentrale Beschwerdestelle zur Verfügung steht.

Die Einführung von Online Video-Beratungen ist zu prüfen und bei sinnvollen Einsatzmöglichkeiten im Einklang mit den Ideen und Vorstellungen der Verwaltungsmitarbeiter stufenweise einzuführen.

Die Digitalisierung verändert auch die Arbeitsplätze. Wir wollen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt durch umfangreiche Fort- und Weiterbildungsangebote für diese neue Arbeitswelt qualifiziert werden. Vor dem Hintergrund eines zunehmenden Fachkräftemangels muss die Verwaltung für Nachwuchskräfte attraktiver werden, damit die Stadt als Arbeitgeber auch künftig im Wettbewerb um qualifiziertes Personal bestehen kann. Ein modernes Personalentwicklungskonzept soll dafür sorgen, dass auch in Zukunft genügend motivierte Mitarbeiter für die Verwaltung in Lübeck gewonnen werden können.

Lübeck's Verwaltung muss effizienter werden, Ressourceneinsatz und Nutzen müssen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Für die Prozesse der Stadtverwaltung sind deshalb Standards zu definieren, deren Einhaltung im Zuge regelmäßiger Soll-Ist-Abgleiche zu überprüfen sind. Durch die Digitalisierung wollen wir zu einer Verschlankung und Entbürokratisierung von Prozessen mit einer erkennbaren und nachhaltigen Einsparung von Personal und Kosten kommen.

Die bisherige Zersplitterung der Verwaltung auf eine Vielzahl von Standorten wollen wir beenden. Die Konzentration auf wenige größere Standorte wird es ermöglichen, Prozesse effizienter zu gestalten und Kosten, die mit der aktuellen Vielzahl kleinerer Standorte verbunden sind, spürbar zu reduzieren. Hierbei setzen wir insbesondere auf eine stärkere Front-/Backofficeausgestaltung als zentrale Anlaufstelle. Verwaltungsdienstleistungen wollen wir miteinander verknüpfen und den Bürgern eine Lebenslagenübersicht bieten.

Die verschiedenen Programme der Verwaltung sollen miteinander verknüpft werden, um bereits bekannte Daten in neue Anträge zu übernehmen und die erneute Eingabe auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Bei neuen Standorten muss die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln, insbesondere aber mit dem ÖPNV, ein entscheidendes Kriterium sein.

Zudem wollen wir eine hybride Teilnahme an politischen Gremiensitzungen, insbesondere zur Förderung der Familienfreundlichkeit, ermöglichen.

Ein neu einzurichtendes Europabüro soll dazu beitragen, Entwicklungen auf der europäischen Ebene, die Relevanz für Kommunen haben, frühzeitig zu erkennen. Durch eine enge Vernetzung auf nationaler Ebene (z.B. Städteverband, Europa-Abgeordnete) sollen die Interessen der Hansestadt an geeigneter Stelle platziert werden und möglichst in Entscheidungsprozesse einfließen. Durch gute Kenntnisse der europäischen Förderlandschaft sollen Möglichkeiten zur Einwerbung von Fördergeldern der EU frühzeitig erkannt und angemessen realisiert werden.

Für ein partnerschaftliches Miteinander mit unseren Nachbarn

Lübeck hat als Oberzentrum eine Bedeutung, die über die eigenen Grenzen hinausgeht. Die Hansestadt und ihr Umland brauchen einander, um sich gemeinsam und erfolgreich künftigen Herausforderungen zu stellen. Von diesem Bewusstsein sollte Lübecks Austausch mit seinen Nachbargemeinden geprägt sein.

Wir wollen das Bewusstsein, in einer Region zu leben, stärken. Politik und Verwaltung müssen enge und partnerschaftliche Kontakte zu den umliegenden Kreisen und Gemeinden pflegen, um gemeinsam Probleme zu lösen und ein Bewusstsein zu entwickeln, dass wir eine Region sind.

Deshalb wird sich die CDU dafür einsetzen, dass ein gemeinsames Leitbild für die Region Lübeck entwickelt wird, um einheitlich nach außen aufzutreten und Interessen gemeinsam zu vertreten. Gerade im Hinblick auf die Veränderungen, die die Feste Fehmarnbeltquerung mit sich bringt, ist es wichtig, an einem Strang zu ziehen.

Die Menschen aus dem Umland sind in Lübeck willkommen. Wir bringen ihnen Wertschätzung entgegen, denn wir profitieren in vielfältiger Weise von ihrem Besuch. Auch durch die zahlreichen Besucher aus dem Umland tragen sich in Lübeck viele Angebote im Handel, im Bereich der Dienstleistungen und in der Kultur.

Lübeck und seine vielfältigen Angebote müssen aus dem Umland mit allen Verkehrsmitteln – sei es Auto, Bahn, Bus oder Fahrrad – gut erreichbar sein. Das gilt insbesondere auch für die Innenstadt.

Unsere Politik für die Lübecker Stadtteile

Innenstadt

Wir setzen uns für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den öffentlichen Plätze der Innenstadt ein. Dazu gehören für uns eine Begrünung, mehr Sitzgelegenheiten und Möglichkeiten für die Außengastronomie, aber bei Bedarf auch eine Videoüberwachung.

Wir fordern markierte Abstellflächen für E-Scooter, um ein ungeordnetes Abstellen und Herumliegen zu vermeiden.

Wo es möglich ist sollen auch in der Innenstadt Fußwege verbreitert und barrierefrei gestaltet werden.

Wir sprechen uns für eine zügige Umsetzung des geplanten Baus der Stadtgrabenbrücke aus.

Das Karstadt-Gebäude soll ein „Anker für die Innenstadt“ mit einer breiten Nutzung für Wirtschaft, Kultur und Soziales werden. Wir fordern die Prüfung, ob ein Weiterbinformationszentrum für Touristen, Ausstellungsflächen für besucherstarke Sonderausstellungen und ein Nachbarschaftstreff integriert werden können.

Wir unterstützen die Pläne, auf der Nördlichen Wallhalbinsel eine Markthalle zu schaffen.

Für einen „Masterplan Wärmewende“ sind auch praktikable Lösungen für die Innenstadtbereiche vorzusehen, wo aufgrund der Gebäudestruktur der Einsatz von Wärmepumpen und anderen Systemen nicht oder nur schwer möglich ist.

Zur Entwicklung der Nördlichen Wallhalbinsel und des Veranstaltungszentrums Gollan setzen wir uns für den Bau einer Brücke für Fußgänger und Radfahrer von der Straße An der Untertrave/Hansemuseum zur Nördlichen Wallhalbinsel und den Weiterbau der Brückenverbindung von der Nördlichen Wallhalbinsel zum Veranstaltungszentrum Gollan ein.

St. Jürgen

Bund und Bahn beabsichtigen, die Bahnstrecken Lübeck-Bad Kleinen und Lübeck-Büchen im Zusammenhang mit der Festen Fehmarnbeltquerung auszubauen, insbesondere für eine Nutzung durch den Güterverkehr. Wir fordern deshalb umfassende Lärmschutzmaßnahmen (übergesetzlichen Lärmschutz) im Bereich der Bahntrassen auf Lübecker Gebiet, die dem Standard entsprechen, der an der Strecke Bad Schwartau – Lübeck-Hauptbahnhof – Lübeck-Moisling) umgesetzt wird.

Im Zuge des Ausbaus der Bahnstrecke von Lübeck nach Bad Kleinen ist es zwingend erforderlich, dass der Bahnübergang in der Ratzeburger Allee, der heute für lange Staus sorgt und die Zufahrt von Rettungswagen zum UKSH erschwert, durch eine kreuzungsfreie Lösung ersetzt wird.

Beim Ausbau der Bahnstrecke von Lübeck nach Büchen durch neue Ausweichgleise, von denen eines auf Höhe des Bahnhaltepunktes Hochschulstadtteil auf Lübecker Gebiet entstehen soll, ist darauf zu achten, dass innerstädtische Verbindungswege wie jener für Radfahrer und Fußgänger zwischen der Siedlung Bornkamp und dem Hochschulstadtteil uneingeschränkt erhalten bleiben.

Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Lücke im Radweg entlang der B207 zwischen der Einmündung zur Paul-Ehrlich-Straße und dem Flughafen geschlossen wird. Wir wollen den ab Groß Grönau bis zur Ortsgrenze nach Lübeck bestehenden Rad-/Fußweg bis Blankensee verlängern und durch weitere Lückenschlüsse einen durchgehenden Radweg weiter bis Beidendorf schaffen.

Wir setzen uns insbesondere ein für den Lückenschluss eines ca.700 m fehlenden Teilstückes eines Radweges am Schanzenbergweg zwischen OT Beidendorf und Blankensee ein, sowie dafür, die Sanierung des Radweges zwischen Krummesse und Lübeck entlang der Kronsfordter Landstraße fortzusetzen.

Wir setzen uns für mehr Wohnraum in St. Jürgen ein, insbesondere auf der von der GGS aufgegebenen Fläche in der Kalkbrennerstraße sowie auf der Fläche der Flüchtlingsunterkunft Hubertuspark, sobald diese nicht mehr benötigt wird.

Wir unterstützen die Bemühungen, am Standort Krummesse der GGS Stecknitzschule eine gymnasiale Oberstufe einzurichten und damit die schulische Versorgung der Lübecker Dörfer zu verbessern.

Buntekuh

Buntekuh ist ein wachsender und grüner Stadtteil, der für die Menschen vor Ort sehr vielschichtig ist. Wir setzen uns auch weiterhin für einen lebendigen und weltoffenen Stadtteil ein.

Für die Grundschule am Koggenweg setzen wir uns für eine Erweiterung ein. Durch die Errichtung von 450 zusätzlichen Wohneinheiten auf dem Sellschopp-Gelände steigt der Raumbedarf - die Zügigkeit der Schule wird auf 5-zügig erhöht.

Die Aufenthaltsqualität wollen wir im Quartier erhöhen. Entsiegelung und Bepflanzung von Verkehrsinseln dienen nicht nur dem Arten- und Klimaschutz - sie erhöhen auch die Aufenthaltsqualität. Wir wollen ein schönes und gepflegtes Buntekuh, in dem es sich gerne leben lässt.

Eine Skaterbahn als Pumptrack im Wiesenthal. Ob Bobbycar, Laufrad, Skateboard, Inliner, Roller, BMX oder Mountainbike - auf einen Pumptrack darf alles, was rollt. Mit Hügeln und Sprüngen ist die Bahn generationsübergreifend nutzbar - vom Anfänger bis zum BMX-Profi. Ein vielseitiges Sportangebot im Quartier.

Moisling

Durch das Projekt „Soziale Stadt Moisling“ und die Entstehung des Bahnhaltepunkts, hat der Stadtteil enorm an Attraktivität gewonnen. Wir werden diesen Prozess auch weiterhin positiv begleiten.

Wir wollen dabei unterstützen für alle Lebenslagen ein entsprechende Angebot vorzuhalten. Dazu gehört:

Ein zügiger Ausbau und Erneuerung der Kindertagesstätten, sowie ein Familienzentrum.

Die Sanierung der Heinrich-Mann-Schule und die im Stadtteil befindlichen Sporthallen.

Ein Stadtteilbüro mit Angeboten und als Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger.

Ein Jugendzentrum mit guter erreichbarer Lage.

Wir setzen uns auch weiterhin für unsere weitläufigen und großzügigen Grünzüge ein.

Groß Steinrade / Schönböcken

Auch die ländlich geprägten Stadtteile werden wir unterstützen. Das „Dorf in der Stadt“ muss erhalten bleiben, nur ein moderates Wachstum kann den Charakter erhalten.

Wir setzen uns für eine gute Erreichbarkeit durch den ÖPNV für diese Stadtteile ein.

Es ist uns wichtig, ausreichend Kita und Grundschulplätze zu Verfügung zu stellen. Es gilt das Motto: „kurze Beine, kurze Wege“.

Der Ersatzneubau der Freiwilligen Feuerwehr in Groß Steinrade war uns eine Herzensangelegenheit und hat viel Zeit und Kraft gekostet. Wir stehen zu unseren freiwilligen Feuerwehren und werden das Ehrenamt auch weiterhin unterstützen.

St. Lorenz Nord

Das Schlachthofgelände muss endlich entwickelt werden.

Die CDU setzt sich für die nachhaltige Entwicklung der Grünfläche Spargelhof ein.

Vielerorts ging der Ausbau der Fuß- und Radwege nicht einher mit der Verdichtung des Siedlungsgebiets. Wir setzten uns für eine Verbesserung der Radwegsituation, z.B. in der Schwartauer Allee und in der Fackenburger Allee ein, um die Schulwege sicherer zu machen. Auch in der Dornbreite sollten der Kurze Weg, sowie der Fußweg Schauenburger Weg-Binnenland vorrangig saniert werden.

St. Lorenz-Süd

St. Lorenz-Süd ist ein Stadtteil der Vielfalt. Im Stadtteil leben Menschen aus allen Generationen und sind Unternehmen jeder Größe angesiedelt. Es gibt urbane Strukturen und Plätze im Grünen. Diese Vielfalt verstehen wir als großes Potential, das wir in Zukunft stärken und bestmöglich fördern werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Verkehrssituation in St. Lorenz-Süd für alle Verkehrsteilnehmer sicher wird. Dazu gehört insbesondere die Installation von Fußgängerüberwegen an viel frequentierten Straßen im Stadtteil wie beispielsweise am Hansering.

Wir machen uns dafür stark, dass öffentliche Plätze im Stadtteil für alle Anwohner sichere und saubere Orte der Kommunikation und Zusammenkunft sind. Dies gilt insbesondere für Schulhöfe, Spielplätze und Ladenzeilen.

Wir setzen uns dafür ein, dass St. Lorenz-Süd weiterhin ein attraktiver Standort für Unternehmen bleibt und so Arbeitsplätze im Stadtteil erhalten und geschaffen werden.

St. Gertrud

Wir fordern eine Tempoverringerung auf der Travemünder Allee sowie eine neue Querung dieser Straße für Fußgänger und Radfahrer.

Wir setzen uns für eine gleichmäßigere Verteilung des Durchgangsverkehrs und eine bessere Erreichbarkeit der Wohngebiete Karlshof und Israelsdorf ein.

Der Bau von neuen Wohnungen auf dem ehemaligen Volksfestplatz muss zügig beginnen.

Für Besucherinnen und Besucher der Sportstätten in Karlshof müssen zusätzliche Parkmöglichkeiten geschaffen werden.

Wir benötigen eine weitere Verbesserung der Infrastruktur für Fahrradfahrer und die Schaffung zusätzlicher Fahrradbügel an hochfrequentierten Orten im Stadtteil.

Der Treidenstieg zwischen Schellbruch und Gothmund muss saniert werden.

Wir setzen uns für eine würdige Umgestaltung des Ehrenfriedhofs ein.

Die Wege im Stadtpark sind für die vielen Besucher mit Gehbehinderung zeitweilig kaum passierbar, weil Bauschutt und Verschlammung sie behindern. Eine Grundsanierung mit geeignetem Material ist erforderlich.

Marli

Das an der Schlutuper Straße geplante Hospitz- und Palliativ-Zentrum unterstützen wir gerne.

Die Wiese auf dem Meesenplatz soll möbliert werden. Der Parkplatz vor der Post angelegt und gepflastert werden. Die Straße und der Fußweg vor dem Bürgerservicebüro am Meesenring muss barrierefrei hergestellt werden. Die Straßenverbindung vom Meesenring zur Maybachstraße saniert werden. Eine Infotafel soll auf die Geschichte des Meesenplatzes hinweisen und diese erläutern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Senioreneinrichtung an der Prassekstraße erneuert wird, dort eine stationäre Pflegeeinrichtung verbleibt und um betreutes Wohnen mit Pflegestützpunkt ergänzt wird.

Am Dreifelder Weg sollen Seniorenwohnungen errichtet werden.

Der betonierte Platz zwischen Tankstelle und Drägerpark soll entsiegelt werden. Hier können wir uns eine Wildblumenwiese oder auch Urban Gardening vorstellen.

Wir wollen eine Busverbindung vom Kaufhof über die Wallbrechtstraße und den St.-Jürgen-Ring zur Ratzeburger Allee und Kronsfordter Allee.

Die Radwege an der Roonstraße sollen verbreitert werden.

Brandenbaum / Eichholz

Das Mehrgenerationenhaus und das Nachbarschaftsbüro im Ansverus-Haus sind zu erhalten und zu stärken.

Es ist zu prüfen, wie in Eichholz ein kleiner Wochenmarkt eingerichtet werden kann.

Der Radweg an der Straße An den Schießständen soll über die Kirschenallee bis zur Wesloer Straße weiter gebaut werden.

Die Sanierung des Rad- und Fußweges an der Brandenbaumer Landstraße ist fortzusetzen. Die Radwegeverbindung zwischen Eichholz (Dräger-Wanderweg) und St. Jürgen ist zu beleuchten.

Wir wollen, dass der Ortsteil gestärkt und sanft weiterentwickelt wird. Hierzu sollen die Wohngebiete maßvoll erweitert werden. Insbesondere das Kühne-Gelände muss bebaut, Gewerbegebiete vitalisiert werden. Geprüft werden sollte, ob eine moderne Dienstleistungswirtschaft in Gewerbeparks angesiedelt werden kann.

Die Infrastruktur muss verbessert werden (z.B. Glasfaser).

Der Wochenmarkt muss erhalten werden.

Schlutup

Der Radweg an der Wesloer Straße soll wieder instandgesetzt und als Radweg genutzt werden dürfen (ohne Benutzungszwang). Der Radweg an der Mecklenburger Straße muss ebenfalls instandgesetzt werden. Wo möglich kann die Benutzungspflicht aufgehoben werden. In einzelnen Bereichen muss er durch einen neuen ersetzt werden. Ziel ist es, dass es vom Ortskern bis zur Umgehungsstraße führt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Durchfahrt von der Wesloer Straße im Bereich der „Schlutuper Tannen“ zur Siedlung wieder freigegeben wird. Entsprechende Verhandlungen sind mit dem Eigentümer aufzunehmen.

In der Karlsruher Straße ist ein Fußweg herzustellen.

Das Freibad soll erhalten werden.

Der Jugendtreff soll verlagert und die Grenzdokumentationsstätte Lübeck-Schlutup um den Gebäudeteil erweitert werden.

Kücknitz

Die CDU setzt sich für die Modernisierung der Infrastruktur, Verkehrswege und öffentlichen Parkanlagen im Stadtteil ein. Dabei sollen die Anwohner über eine Öffentlichkeitsbeteiligung im Planungsverfahren eingebunden werden. Auch sichere Schulwege gehören für uns dazu.

Wir fordern eine weitestgehende Verbannung des fahrenden und ruhenden Schwerlastverkehrs aus den Wohnstraßen. Ebenso fordern und unterstützen wir eine konstruktive Lösungssuche bezüglich der LKW-Parksituation durch auswärtige Fahrer und Gespanne an den Wochenenden im Bereich Herrenwyk, Pkw-Parkplatz Schwimmhalle und weitere. Diese Lösung könnte in Form einer zentralen und bedarfsgerecht ausgestatteten Rastfläche für LKW angeboten werden.

In der Dänischburger Landstraße wollen wir die Wiedereinführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung prüfen lassen, zumindest für LKW auf 30 km/h. Weiter soll geprüft werden, ob der LKW-Hafenverkehr größtmöglich direkt über Hafengelände geführt werden kann, um die Anlieger- und hafennahen Straßen zu entlasten.

Es sollen weitere Lärmschutzmaßnahmen im Bereich B75 Höhe Borstelweg/Kieselgrund geprüft und angeschoben werden.

Es soll geprüft werden, ob Parkflächen in unmittelbarer Nähe zum Stadtteil-Bahnhaltepunkt Kücknitz eingerichtet werden können. Ebenfalls ist die Verlegung der Endhaltestelle des Busverkehrs zum Bahnhaltepunkt zu prüfen. Diese Maßnahmen sollen die notwendige Verkehrswende unterstützen und Menschen auch aus der weiteren Umgebung den Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel erleichtern. Zudem würde sich damit die Parksituation in den nahen Anliegerstraßen entspannen.

Die CDU steht für eine nachhaltige Entwicklung der Hafenanlagen, sowie vorhandener Gewerbeflächen im Stadtteil und fördert damit einhergehend primär die Arbeitsplatz- und Standortsicherung vor Ort.

Die CDU wird den Prozess „Sportentwicklungsplan Kücknitz“ weiter konstruktiv begleiten und politisch nach Kräften unterstützen. Wir wollen die Sportvereine im Stadtteil fördern, sowie notwendige Instandhaltungsmaßnahmen und fällige Modernisierungsvorhaben bei Vereinshäusern und Sportanlagen aktiv begleiten und bestmöglich fördern. Die gewollte Eigenständigkeit der Vereine respektieren wir und stehen uneingeschränkt hinter den jeweiligen Vereinen, Verantwortlichen und Mitgliedern. Die Realisierung des Neubaus der Turnsporthalle ist umzusetzen. Zudem stehen wir zum örtlichen Schwimmbad und setzen uns für dessen Erhalt ein.

Wir wollen, dass die Planung zur Einrichtung einer Skatepark/Dirtbike-Anlage realisiert wird. Dabei soll der Standort im Bereich Tankstelle/ Ziesenitzpark/ altes Memory-Gelände an der Travemünder Landstraße favorisiert geprüft werden. Bei diesem Projekt ist die Jugend im Stadtteil zu beteiligen.

Das Programm „Soziale Stadt Kücknitz“ soll aktiv vorangetrieben und Fördermittel eingeworben werden.

Die von uns angeschobene Schulentwicklungsplanung für den Stadtteil soll zeitnah umgesetzt werden. Insbesondere die Grundschulstandorte müssen dabei priorisiert berücksichtigt und saniert werden.

Travemünde

Dieser lebens- und liebenswerte Teil Lübecks hat viele wechselnde, aber auch dauerhafte Themen. Vor allem das Spannungsfeld zwischen wachsendem Tourismus und Lebensqualität & Bedürfnissen der Lübecker Bewohner führt immer wieder zu Reizpunkten, die von allen Beteiligten viel Verständnis, Toleranz, aber auch Initiative und Kompromissbereitschaft abfordern. Themen wie zweite Zufahrt, Verkehrsführung, Bebauung, Sicherheit & Ordnung am Grünstrand, fehlende Taxis, fehlende Angebote für Jugendliche und Optimierung der Priwall-Fährverbindung werden unseren Stadtteil auch weiterhin beschäftigen.

Unsere Standpunkte und Vorschläge sind dabei klar:

Spätestens mit der Bebauung der Neuen Teutendorfer Siedlung brauchen wir eine weitere Zufahrt, aber nicht über Ivendorf.

Das abendliche ÖPNV- und Taxiangebot muss erweitert werden.

Wir fordern ein absolutes Grillverbot auf den Travemünder Grünflächen und eine konsequentere Überwachung von Parkvergehen.

Wir fordern einen ständigen kommunalen Ordnungsdienst.

Ausschließlich geschlossene Mülltonnen im öffentlichen Raum sollen das Stadtteildbild deutlich verbessern.

Die Fährkosten für einheimische Benutzer sollten deutlich reduziert werden.

Wir fordern eine Möglichkeit für kleine Unternehmen/Handwerker/Dienstleister, sich ansiedeln zu können. Ein neues kleines Gewerbegebiet ist für Travemünde mittelfristig existenziell, damit Anbieter nicht abwandern müssen.



V.i.S.d.P.: CDU-Kreisverband Lübeck
Wakenitzmauer 7A
23552 Lübeck



CDU